

(Beginn: 10.09 Uhr)

Eröffnung und Begrüßung

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle zur heutigen Landschaftsversammlung Rheinland herzlich willkommen.

Ganz besonders herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe die 2. stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung, Frau Monika Schnieders-Pförtzsch, sowie Herrn Ersten Landesrat und Kämmerer Dr. Georg Lunemann. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 4. Sitzung der 14. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 16. April 2015 eingeladen. Die Sitzung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 11 vom 27. April 2015 öffentlich bekannt gemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen sind der Verwaltung bekannt; ihre Namen werden dem Protokoll beigefügt.

Als Beisitzerinnen bitte ich Frau Nicole-Susanne Weiden-Luffy und Frau Pabst, hier neben mir Platz zu nehmen. Frau Pabst ist nicht in der CDU und nicht katholisch. Sonst hieße sie anders.

(Klaus Diekmann, CDU: Kann ja beides noch werden! – Petra Pabst, FDP: Beides korrekt! Und kann beides nicht mehr werden!)

– Beides nicht mehr werden? Das weiß ich nicht.

Tagesordnungspunkt 1

ist die

Anerkennung der Tagesordnung

Meine Damen und Herren, Ihnen wurden zu Tagesordnungspunkt 3, „Umbesetzung in den Ausschüssen“, der Antrag Nr. 14/101 der FDP-Fraktion nachgereicht.

Sind Sie einschließlich des nachgereichten Antrags auf Umbesetzung in den Ausschüssen mit der Tagesordnung einverstanden? – Das ist der Fall. Dann haben wir sie so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 2:

Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Sebastian Stachelhaus, FDP, ist zum 21. April 2015 aus der Landschaftsversammlung Rheinland ausgeschieden. Für ihn ist Herr Philipp Wallutat als Nachfolger nachgerückt.

Herr Wallutat, ich darf Sie bitten, sich zu erheben. Wir sind uns ja aus früherer Zusammenarbeit gut bekannt. Ich verpflichte Sie auf gesetzmäßige und gewissenhafte Wahrnehmung Ihrer Aufgaben und hoffe und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit. Herzlich willkommen, Herr Kollege!

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen nun zu

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

– Antrag Nr. 14/35 SPD-Fraktion,
Antrag Nr. 14/101 FDP-Fraktion –

Wortmeldungen? – Diese liegen nicht vor.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die drei AfD-Vertreter. Im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 4:

Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie über den Jahresbericht der Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2013

– Vorlage Nr. 14/487 –

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt mit Vorlage Nr. 14/487 der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie über den Jahresbericht der Rechnungsprüfung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2013 vor.

Der stellvertretende Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Kaske, hat hierüber im Landschaftsausschuss am 22.04.2015 berichtet.

Der Landschaftsausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung am 22.04.2015 beraten und zur Kenntnis genommen.

Wird hier in der Landschaftsversammlung dazu das Wort gewünscht? – Wird Bericht gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir den Schlussbericht so zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 5:

Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2013 des Landschaftsverbandes Rheinland, Beschluss über die Behandlung des Jahresabschlusses und Entlastung der LVR-Direktorin

– Vorlage Nr. 14/399 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.04.2015 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 14/399 zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage Nr. 14/399 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei drei Enthaltungen im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6:

Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Gesamtabschlusses und den Gesamtlagebericht des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2013

– Vorlage Nr. 14/276 –

Ihnen liegt mit Vorlage der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Gesamtabschlusses und den Gesamtlagebericht des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2013 vor.

Auch hierüber hat Herr Kaske am 22.04.2015 in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses berichtet. Der Landschaftsausschuss hat diese Vorlage beraten und zur Kenntnis genommen.

Sind hierzu Wortmeldungen gewünscht? – Diese sehe ich nicht.

Dann haben wir den Schlussbericht in der Landschaftsversammlung so zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 7:

Bestätigung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2013 des Landschaftsverbandes Rheinland und Entlastung der LVR-Direktorin gemäß § 116 GO NRW i. V. m. § 96 GO NRW

– Vorlage Nr. 14/420 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.04.2015 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Bei drei Enthaltungen im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 8:

Änderung der Betriebssatzung für die LVR-Jugendhilfe Rheinland

– Vorlage Nr. 14/364 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.04.2015 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Bei drei Enthaltungen im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9:

Satzung über die Förderung der Inklusion in allgemeinen Schulen im Gebiet des Rheinlandes durch den

**Landschaftsverband Rheinland
(LVR-Inklusionspauschale)**

– Vorlage Nr. 14/387 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.04.2015 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Stimmt jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall.
Enthält sich jemand? – Bei drei Enthaltungen der Vertreter der AfD im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10:

Haushalt 2015/2016

Hierzu schlage ich Ihnen in Abstimmung mit dem Ältestenrat und den Damen und Herren Vorsitzenden der Fraktionen folgendes Verfahren vor:

Erstens. Statements der Fraktionen sowie der AfD-Gruppe zum Haushalt.

Zweitens. Abstimmung über Anträge (TOP 10.1.).

Drittens. Abstimmung über die Einwendungen der Mitglieds Körperschaften gegen die Haushaltssatzung (TOP 10.2.).

Viertens. Abstimmung über die Haushaltssatzung (einschließlich Umlagesatz) des LVR mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für die Haushaltsjahre 2015/2016 (TOP 10.3.).

Fünftens. Abstimmung über die Wirtschaftsplanentwürfe 2015 (TOP 10.4.).

Sind Sie mit dieser Verfahrensweise einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann wollen wir so verfahren.

Für die CDU-Fraktion spricht als Erster Herr Kollege Einmahl. Bitte schön.

Rolf Einmahl, CDU: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Verehrte Kolleginnen und Kollegen der Landschaftsversammlung Rheinland! „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Ver-

pflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Mit diesem Programmsatz beginnt Artikel 1 unserer Verfassung. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland haben damit eine unverrückbare Werteentscheidung getroffen, indem sie die Würde des Menschen als einen allen Menschen zugewiesenen Anspruch formuliert haben. Konkret bedeutet dieser Programmsatz für uns beim Landschaftsverband Rheinland und entsprechend unserer Verpflichtung, dass für uns die Würde des Menschen mit Behinderung unantastbar ist und von uns geachtet und geschützt werden muss.

Ein Unterschied mag darin bestehen, dass neben der selbstverständlichen Achtung vor dem Individuum mit seinen persönlichen und einzigartigen Eigenschaften der Anspruch auf Schutz eine besondere Bedeutung erfährt. Mag der Mensch ohne Behinderung eher damit zufrieden sein, dass der Staat ihn respektiert, ihn in seinen Freiheitsrechten nicht begrenzt und seine Grundrechte achtet; so sind dies die Rechte, die den Einzelnen schützen gegen staatliche Macht, die nicht vor der Missbrauchsgefahr gefeit ist. Aus der Erfahrung der Geschichte sind daher diese Abwehrrechte gegen staatliche Übergriffe und staatliche Willkür für die meisten Menschen schon ein bedeutender Fortschritt, der es ihnen erlaubt, sich als Individuum zu entwickeln und ihr eigenes Leben zu leben. Dann ist die Verpflichtung des Staates zum Schutz des Menschen eher begrenzt und situationsbezogen.

Bei Menschen mit Behinderung ist aber neben dem Anspruch auf Achtung der Persönlichkeit auch der Anspruch auf Schutz von großer Bedeutung. Die Gewährung von Schutz ist kein Akt staatlicher Gnade, sondern gehört gegenüber den Menschen mit Behinderung zu den staatlichen Pflichten, auf die der Empfänger einen Anspruch hat. Dies müssen wir auch gegenüber der Öffentlichkeit immer wieder deutlich machen.

Diese Sichtweise führt dann auch folgerichtig dazu, dass nach dem Willen der Landschaftsversammlung das Thema der Inklusion besondere Bedeutung erhält. Das wird dadurch klar, dass nunmehr ein eigener Inklusionsausschuss gebildet wurde und nach dem Willen der Großen Koalition zukünftig die Vertreter der Behinderten in diesem Ausschuss nach dem Vorbild des Jugendhilfeausschusses auch stimmberechtigte Mitglieder sein sollen.

Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass das zuständige Ministerium in Düsseldorf bisher keine Zustimmung erteilt hat, obwohl hier das Land Nordrhein-Westfalen, soweit erkennbar, in der Bundesrepublik Deutschland die Rolle als Vorbild in der Würdigung der Arbeit der Behindertenverbände übernehmen könnte. Wir hoffen, dass der zuständige Minister noch überzeugt werden kann und die Landesregierung unsere Initiative aufgreift und eine gesetzliche Grundlage schafft.

Wir wollen Inklusion in dem Sinne, dass wir nicht in erster Linie dem behinderten Menschen Hilfsmittel an die Hand geben, um sich in der Welt der Nichtbehinderten zurechtzufinden, sondern wir wollen die Umwelt, soweit möglich, so gestalten, dass der Mensch mit Behinderung sich in ihr als gleichwertig willkommen empfindet und er nicht das Gefühl hat, nur geduldet zu sein.

Wir wollen – auch dies hat die Koalition von CDU und SPD vereinbart – alle technischen und nicht-technischen Möglichkeiten einsetzen, um dieses Ziel bestmöglich zu erreichen. Dabei soll jeder Mensch mit Behinderung nach seiner individuellen Situation jede Hilfe erhalten, die ihm ein sinnerfülltes Leben in einer inklusiven Welt ermöglicht.

In meiner Haushaltsrede möchte ich beispielhaft einige Anträge herausgreifen, um an diesen aufzuzeigen, welche grundsätzlichen Überlegungen die Koalition von CDU und SPD geleitet haben und wie an konkreten Beispielen der Landschaftsverband Rheinland sein Motto „Qualität für Menschen“ verwirklicht und was SPD und CDU tun wollen, um ihren Koalitionsvertrag konkret mit Leben zu erfüllen.

Wir haben beantragt, einen Bericht über den derzeitigen Stand der Erprobung von technischen und nichttechnischen Hilfsmitteln zu erstellen und zu prüfen, in welchem Umfang der LVR bei der weiteren Entwicklung und Erprobung von technischen und nichttechnischen Hilfsmitteln unterstützend tätig sein kann und wie zukünftig neue Hilfen für Menschen mit Behinderung erfolgen sollen.

Sicherlich stehen wir heute im Museum vor einem antiken Rollstuhl aus Holz und empfinden dies als ein Hilfsmittel aus einer weit zurückliegenden Vergangenheit. Und dennoch war auch dieser Rollstuhl aus Holz in der damaligen Zeit eine technische Neuerung und ein Schritt in die

Richtung, Menschen, die sich nicht oder nur eingeschränkt fortbewegen konnten, zu helfen.

Heute ist es unsere Verpflichtung, uns ständig und professionell mit allen Entwicklungen der technischen und nichttechnischen Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung zu beschäftigen und immer wieder auch selbst als Landschaftsverband Rheinland zur Erprobung neuer Hilfsmittel bereit zu sein. Dies gilt auch dann, wenn es keine 100%ige Sicherheit gibt, dass sich am Ende das zu erprobende Hilfsmittel bewähren wird. Wir wollen nicht dem Fortschritt auf diesem Gebiet im Wege stehen, sondern wir wollen Fortschritt und Innovation ermöglichen, um jede Chance zu einer inklusiven Teilnahme am Leben aller zu nutzen.

Was würde ein Mensch, der vielleicht schon zehn Jahre oder länger sich nur mit Hilfe eines Rollstuhls fortbewegen kann, empfinden, wenn ihm durch technische Hilfsmittel ermöglicht würde, seine Beine wieder zu nutzen und sich ohne Rollstuhl fortzubewegen? Auch wenn unsere heutigen Rollstühle nichts mehr mit dem Rollstuhl im Museum zu tun haben, sondern High-tech-Produkte sind, so wäre es doch ein großer Fortschritt, wenn immer mehr Menschen nicht mehr auf einen Rollstuhl angewiesen wären, sondern sich wieder gehend fortbewegen könnten.

Was würde ein blinder Mensch empfinden, wenn ihm zwar nicht sein Augenlicht wiedergegeben werden kann, aber ein technisches Hilfsmittel Bilder aufzeichnet und diese im Gehirn des blinden Menschen unter Aktivierung des Sehzentrums projiziert werden und der blinde Mensch in die Lage versetzt wird, seine Umgebung als Bild zu sehen?

Welcher Zugewinn an Lebensqualität könnte durch Erfindungen geschaffen werden, die wir uns heute auch bei großer Fantasie nur als Utopie vorstellen können?

Aber technischer Fortschritt ist immer durch Ideen entstanden, die zunächst so absurd waren, dass niemand an die Verwirklichung dachte. Wir würden nicht mit dem Flugzeug in den Urlaub fliegen, es wäre nie ein Mensch auf dem Mond gelandet, es gäbe keine Herztransplantationen und weder Elektrizität noch Radio oder Fernsehen, wenn nicht Menschen das Unmögliche ge-

dacht und ihre Ideen mit Zähigkeit verfolgt hätten.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
FDP: Deswegen kommen wir jetzt auch
mal zum Haushalt!)

Die wissenschaftlichen Kapazitäten in der Europäischen Union mit ihren zahlreichen exzellenten Hochschuleinrichtungen gehören zu den führenden innovativen Einrichtungen weltweit, und es besteht die Chance, diese Kapazitäten insbesondere im Interesse von Menschen mit körperlichen Behinderungen zu nutzen. Was hilft dem, der nicht sehen kann, was hilft dem, der nicht hören kann, was hilft dem, der ganz oder teilweise gelähmt ist, alle Chancen auf Zugang in sein Lebensumfeld zu finden?

Der Landschaftsverband Rheinland ist sicherlich dazu berufen, Anstoßgeber und Motor neuer Entwicklungen zu sein und immer wieder die Ideenschmieden insbesondere in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland daran zu erinnern, dass sie ihre Kapazitäten auch im Interesse der Menschen mit Behinderung einsetzen sollen, um deren Lebensumstände zu verbessern. Das kann beispielsweise auch durch einen vom Landschaftsverband ausgeschriebenen Ideenwettbewerb geschehen.

Aber nicht nur technische Hilfsmittel stehen im Blickfeld. Der geschulte Hund, der den Epileptiker rechtzeitig vor einem Anfall warnt und ihn so in die Lage versetzt, rechtzeitig Medikamente zu nehmen, ist auch eine wichtige Hilfe, die dazu führt, dass der epileptische Anfall, der mit Lebensgefahr oder schweren Verletzungen verbunden sein kann, nicht in bedrohlicher Weise verläuft.

Natürlich zählt hierzu auch das therapeutische Reiten. Hierzu hatte die CDU-Fraktion bereits 2012 einen Antrag eingebracht. Jeder, der einmal eine Gruppe von Kindern und Jugendlichen aufmerksam beobachtet hat und das innige Verhältnis zwischen Mensch und Pferd erlebt hat, wird keine Zweifel daran haben, dass für die Kinder dieses Erlebnis körperlich und geistig positive Auswirkungen hat. Das Selbstvertrauen wächst, motorische Fähigkeiten werden geschult, und das Erlebnis, sich einem anderen Lebewesen anzuvertrauen, ist eine wichtige Erfahrung. Hier ist zu hoffen, dass spätestens im Jahre 2016 eine wissenschaftliche Studie fertig-

gestellt wird, die die medizinische Wirksamkeit der Hippotherapie belegt und damit die Krankenkassen in die Pflicht nimmt, solche Therapien auch zu bezahlen.

Ein Schwerpunkt der Anträge der Koalition von CDU und SPD beschäftigt sich mit einem weiteren wichtigen Thema, das mich auch persönlich berührt. Das ist das Wohnen von Menschen mit Behinderung insbesondere im Hinblick auf die demografische Entwicklung, die an keinem Menschen vorbeigeht.

Ein Ehepaar, welches sich schon im Ruhestand befindet, hat einen autistischen Sohn, der inzwischen fast 50 Jahre alt ist. Liebevoll haben diese Eltern ihr autistisches Kind von klein an betreut und alles getan, um seine Entwicklung bestmöglich zu fördern. Nun aber stehen die Eltern vor der immer drängenderen Frage, die ihnen auch Angst macht: Was geschieht mit unserem Sohn, wenn wir selbst pflegebedürftig sind oder wenn wir beide gestorben sind und kein Angehöriger mehr lebt, der für den Sohn als Bezugsperson zur Verfügung steht?

Mit Sorge beobachten die beiden alten Menschen, dass sich die Persönlichkeit ihres Sohnes mit zunehmendem Alter verändert und er zeitweise Zeichen von Aggressivität bis hin zur Gewalttätigkeit zeigt, ohne dass ihm dieses Verhalten selbst bewusst ist. Experten sagen, dass diese Erscheinung bei Menschen mit Autismus mit zunehmendem Alter nicht selten ist.

Verzweifelt sucht das Ehepaar für die Zukunft ihres Sohnes nach einer Wohnform, die ihm ein Leben im Alter ermöglicht, begleitet von Menschen, die fachlich geschult sind, um mit den besonderen Verhaltensweisen bei Autismus umzugehen. Dabei besteht gerade hier die Schwierigkeit, dass Menschen mit Autismus ganz unterschiedliche Verhaltensweisen zeigen, sodass besonders geschultes Personal erforderlich ist.

Wir sind der Überzeugung, dass in Zukunft hier verstärkt Herausforderungen auf uns zukommen, denen wir uns stellen müssen. Das alte Ehepaar mit dem autistischen Sohn ist kein Einzelfall, und wir müssen uns heute darauf einstellen, dass neben dem ambulanten Wohnen ein Bereich des intensiv betreuten ambulanten Wohnens hinzutreten wird, der den ganz unterschiedlichen Anforderungen, die in Bezug auf das Wohnen gestellt werden, gerecht werden muss.

Dieser Herausforderung werden CDU und SPD sich stellen, und wir haben die Vorstellung, dass eine neu aufgestellte Rheinische Beamten-Baugesellschaft sich zukünftig verstärkt solchen Bauvorhaben widmet, die den neuen Anforderungen gerecht werden. Dazu soll die Rheinische Beamten-Baugesellschaft in einem Umstrukturierungsprozess ertüchtigt werden und selbstverständlich auch das Interesse des Landschaftsverbandes als Haupteigentümer beachtet werden.

Solche inklusiven Wohnprojekte wollen wir, wenn dies gewünscht wird, in unseren Mitgliedskörperschaften verwirklichen, soweit dort vor Ort ein entsprechender Bedarf besteht. Wir erwarten allerdings auch von unseren Mitgliedskörperschaften Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Grundstücken oder geeigneten Bestandsobjekten, die zur Verwirklichung eingesetzt werden können. Gerne sind wir dabei bereit, auch Denkmalschutzobjekte in die Auswahl einzubeziehen. Wir werden uns den Herausforderungen, die zukünftig im Bereich des Wohnens für Menschen mit Behinderung auf uns zukommen, stellen und wollen diese Aufgaben partnerschaftlich mit unseren Mitgliedskörperschaften lösen.

Eine besondere Aufmerksamkeit widmet die Große Koalition auch der Verantwortung des Landschaftsverbandes Rheinland für seine eigene Vergangenheit, die weder durch Leugnen noch durch Beschönigen noch durch Verdrängen zu verändern ist. Es gilt der Grundsatz: Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, ist blind für die Gegenwart.

Um dies zu verhindern, werden die vorhandenen Erinnerungsstätten wie zum Beispiel in Brauweiler gepflegt und für zukünftige Generationen erhalten. Dies gilt insbesondere auch für die Gedenkstätte in Waldniel-Hostert, die wir ausdrücklich in unsere Koalitionsvereinbarung aufgenommen haben, weil hier noch die Ausgestaltung in würdiger und den unschuldigen Opfern angemessener Form erfolgen muss.

In Zeiten, in denen ein ehrenamtlicher Bürgermeister sich gegen Neonazis nicht zu erwehren weiß und zum Schutz seiner Familie seinen Rücktritt erklärt, und in Zeiten, in denen der Nationalsozialistische Untergrund über ein Jahrzehnt Morde begeht, ohne dass die Behörden in der Lage sind, dies frühzeitig aufzuklären, und in Zeiten, in denen jüdische Mitbürger in vielen Orten

in der Europäischen Union und auch in Deutschland verbale Angriffe bis zu blankem Hass erdulden,

(Andreas Blanke, Grüne: Von wem?)

ist es notwendig, sich diesem Terror zu widersetzen.

(Beifall von CDU und SPD)

Wenn diese rechten Banden glauben, sie könnten in Deutschland mit Drohung und Einschüchterung wieder Macht gewinnen, so muss sich jeder, der die Freiheit liebt, diesen Bestrebungen mit aller Kraft widersetzen.

(Beifall von CDU, SPD und Grünen)

Wenn diese Neonazi-Horden aus Feigheit und Dummheit nur in Massen auftreten und jeder Einzelne von ihnen mangels intellektueller Fähigkeiten zu einer sachlichen Auseinandersetzung nicht in der Lage ist, dann muss dies von allen, die politische Verantwortung tragen, verurteilt werden. Es gibt für diese feigen Elemente keine Rechtfertigung und keine Entschuldigung.

(Beifall von CDU, SPD und Grünen)

Gerade Menschen mit Behinderung, die zu den Opfern des Nationalsozialismus gehörten, dürfen nie wieder Angst haben, dass staatliche Gewalt in einem Unrechtsregime ihr Leben bedroht.

(Beifall von CDU, SPD und Grünen)

Unsere Erinnerungsstätten sollen daher auch als Orte außerschulischen Lernens verstanden werden, und wir wollen dafür werben, dass Schulklassen diese Erinnerungsstätten besuchen, um Kinder und Jugendliche gegen menschenverachtende Propaganda immun zu machen.

Mein Dank gilt der Kämmerin für den von ihr aufgestellten und von der Landesdirektorin bestätigten Haushaltsentwurf. In diesen Dank beziehe ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landschaftsverbandes Rheinland ein, die insbesondere mit einem sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit Haushaltsmitteln dafür gesorgt haben, dass Haushaltsansätze eingehalten wurden und durch die Jahresabschlüsse 2013 und 2014 die Ausgleichsrücklage um ca. 30 Millionen € erhöht werden kann. Ich bitte Sie, Frau Landesdirektorin, diesen Dank entsprechend weiterzuleiten.

(Beifall von CDU und SPD)

Meinen besonderen Dank richte ich an die SPD-Fraktion und meinen Kollegen Prof. Jürgen Rolle sowie an den Fraktionsgeschäftsführer Thomas Böll, denen ich für vertrauensvolle, offene und faire Zusammenarbeit danke.

(Beifall von CDU und SPD)

Die gemeinsame Überzeugung, Politik für Menschen zu machen und dabei uns selbst nicht so wichtig zu nehmen,

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
FDP: Das war die Rolle rückwärts!)

findet ihren Ausdruck in den gemeinsamen Anträgen.

Mein Dank gilt auch meiner Fraktion und unserem Fraktionsgeschäftsführer Frank Boss. Mit großem Einsatz und viel Engagement hat meine Fraktion die Haushaltsberatungen geführt und Ideen und Ziele gemeinsam mit unserem Koalitionspartner entwickelt.

(Beifall von CDU und SPD)

Mein Respekt gilt auch den Fraktionen und Gruppen, die als Opposition in dieser Landschaftsversammlung vertreten sind.

(Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann,
FDP: Das ist aber großzügig!)

– Ja, finde ich auch.

(Heiterkeit!)

– Das hatten Sie in den letzten zehn Jahren nicht gehabt.

(Michael-Ezzo Solf, CDU:
Das ist heute anders als früher!)

Sie haben einige diskussionswürdige Vorschläge in die Haushaltsberatung eingebracht, wobei ich nicht verhehle, dass Sie die Qualität, die die CDU in zehn Jahren als Opposition entwickelt hat, noch lange nicht erreicht haben.

(Zurufe von Grünen und FDP: Oh!)

Aber Sie haben ja noch viele Jahre Zeit,

(Frank Boss, CDU: Lass
dir für diesen Satz Zeit!)

die Qualität Ihrer Oppositionsarbeit zu verbessern.

(Beifall von der CDU – Petra Pabst, FDP: Da würde ich mich nicht so lange drauf ausruhen!)

Ich fordere die Landschaftsversammlung auf, dem Haushalt für die Jahre 2015 und 2016 zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und SPD – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP: Das war eine große Rede!)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Wir beruhigen uns jetzt alle wieder. – Ich darf nun Herrn Prof. Dr. Rolle das Wort erteilen. Bitte schön.

Prof. Dr. Jürgen Rolle, SPD: Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin mit Verwaltungsvorstand! Liebe Gäste aus Westfalen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neu für Sie und auch neu für mich, begründet durch meine neue Funktion, ist, dass ich heute mit dem Thema „Kultur“ starte, die laut Karl Valentin schön ist, aber viel Arbeit macht.

Ich denke, es ist den wenigsten Menschen im Rheinland bekannt, welcher Einsatz an Ressourcen, Kreativität, Können und Wollen notwendig ist, um die beeindruckende Vielfalt und Qualität an kulturellen Angeboten des LVR für die Menschen in der Region aufrechtzuerhalten.

Das profilierte und herausragende Programmangebot der LVR-Kultur zur Umsetzung des uns aufgetragenen kulturellen Bildungsauftrages kann nur ohne Substanzverlust aufrechterhalten werden, wenn die finanzielle und personelle Unterstützung nachhaltig gesichert bleiben. Denn nur dann können wir auch die von unseren Kommunen dringend gewünschten kulturellen Dienstleistungsaufgaben wahrnehmen. Das ist ein Grund dafür, die Stellen in Brauweiler und Düsseldorf aufzustocken, ein Feld, in dem sogar die Refinanzierung durch entsprechende Einnahmen teilweise gesichert ist.

Schade, dass in diesem wichtigen Feld die Arbeit der Kulturverwaltung bei Grünen, Linken und Freien Wählern im Kulturausschuss zunächst keine Zustimmung fand.

(Zuruf: Hört, hört!)

Das hat sich aber im laufenden Prozess rasch geändert. Offensichtlich waren unsere Argumente „pro“, Herr Prof. Dr. Peters, dann doch überzeugend.

Trotz aller Konsolidierungsbemühungen auch im kulturellen Bereich: Wir stehen zu allen Beschlüssen, die der Sicherung und der Vermittlung des reichhaltigen kulturellen Erbes im Rheinland dienen.

Alle LVR-Förderlinien, so zum Beispiel Museumsförderung, Archivförderung, Projektförderung im Rahmen der regionalen Kulturförderung, sind im künftigen Haushaltszyklus nachhaltig finanziell ausgestattet.

Alle Netzwerkpartner des LVR können sich auf bisherige vertraglich gültige Regelungen bzw. Zusagen in Bezug auf die jeweiligen Zuschüsse verlassen. Und das will schon etwas heißen. Denn gerade die bekannte finanzwirtschaftliche Lage im Hinblick auf die Zinsentwicklung bringt das einst gepriesene Stiftungsmodell und somit auch viele Stiftungen in bedrohliche Existenznöte.

Beispielhaft geht der LVR auch vor, indem er kulturpolitische Schwerpunkte setzt, sei es durch die Bereitschaft, 2.000 Jahre jüdischen Lebens im Rheinland an historischer wie prominenter Stelle in Köln zu präsentieren, sei es durch die Betriebsführung bzw. die geplante Trägerschaft des Preußen-Museums in Wesel, die Würdigung der Verfolgten Künste durch die Gründung eines gleichnamigen Zentrums in Solingen, oder sei es durch ein rheinlandweit angelegtes Verbundprojekt „1914 – Mitten in Europa. Das Rheinland und der Erste Weltkrieg“. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, mit dem über 360.000 Besucherinnen und Besucher erreicht werden konnten, und dies für ein Ereignis, dessen uns alle bis heute berührenden, gravierenden Folgen vielen Menschen erst durch den Besuch des Projektes deutlich wurden. Herzlichen Dank dafür an Milena Karabaic und ihr gesamtes Dezernat.

(Beifall von SPD, CDU und Grünen)

Nun zum zentralen Thema unseres Verbandes, der Inklusion. Wer den Koalitionsvertrag von CDU und SPD gelesen hat, dem ist eines klar geworden: Die Schaffung von inklusiven Lebensverhältnissen für alle Menschen im Rheinland

haben wir uns auf die Fahne geschrieben, und das ist Leitbild unseres Handelns.

Egal, um welche Thematik es geht: Das übergeordnete Ziel ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rheinland. Und glauben Sie mir: Was hierzu durch diesen Verband gemacht werden kann, wird diese Koalition umsetzen.

Egal, ob es um die Entwicklung einer Inklusions-App geht – im Landschaftsausschuss gegen FDP und Linke bei Enthaltung der Grünen beschlossen –, ob es um die Flüchtlingshilfe geht, ob es um Erprobung innovativer Hilfsmittel geht – im Inklusionsausschuss gab es Enthaltung der Grünen, im Landschaftsausschuss war es dann einstimmig –, ob es um die Aufnahme und Behandlung von Flüchtlingskindern an unseren Schulen und Kliniken geht – hierzu gibt es übrigens ein sehr buntes Abstimmungsverhalten der Opposition; drei Grüne haben sich enthalten, zwei zugestimmt, final waren sie im Finanzausschuss und Landschaftsausschuss sogar dagegen –, ob es um den Notfalltopf geht, dem nicht einmal Grüne und Linke zustimmen wollten, oder ob es um die Neuaufstellung der Rheinischen Beamtenbau geht, die die FDP offensichtlich verhökern will, statt diese Chance zu nutzen: All diese Anträge und viele mehr lassen erkennen, wohin der LVR soll.

„Inklusion ja“, das sagen alle. Wir müssen aber auch bereit sein, Arbeit und Geld zu investieren, damit die Menschen im Rheinland möglichst bald in Verhältnissen leben, die der Behindertenrechtskonvention entsprechen. Diese Verantwortung, meine Damen und Herren, übernimmt die Große Koalition, und dazu stehen wir auch.

Herr Rehse formuliert es im „LVR-Report“ als politisches Ziel – ich zitiere –: „Inklusion mit Augenmaß“ – was auch immer das heißen soll – „... nicht ideologischen Wunschvorstellungen untergeordnet und die auch den Aspekt der Finanzierung nicht vergisst ...“. Dazu sage ich ganz klar: Wenn Sie die Bemühungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, das heißt zur Durchsetzung eines Menschenrechtes, als „ideologische Wunschvorstellungen“ bezeichnen, werden Sie bei uns tatsächlich keine Unterstützung finden.

(Beifall von SPD und CDU)

Und wenn dann, liebe Kolleginnen von den Grünen, in einigen Ausschüssen und auch abschließend im Landschaftsausschuss einem Antrag die Zustimmung verweigert wird, der darauf abzielt, Flüchtlingskinder zu behandeln und zu beschulen, dann bin ich schlicht sprachlos.

(Katrin Barion, Grüne: Wir hatten einen weitergehenden Antrag! Dem konnten Sie leider nicht folgen!)

Und wenn dann über meine Fraktion im Zusammenhang mit der Bildung der Großen Koalition gesagt wird – ich zitiere –: „Offensichtlich war der SPD das Tempo jetzt wohl zu hoch. Sie tritt kräftig auf die Bremse und hat in der CDU den ebenbürtigen Partner gefunden.“, dann kann ich nur anmerken: Da sind wir ja richtig froh, den „ebenbürtigen Partner“ gefunden zu haben, um unsere Ziele für alle Bürgerinnen und Bürger im Rheinland und eben auch für Flüchtlinge, behinderte Menschen, psychisch Kranke durchsetzen zu können.

(Beifall von SPD und CDU)

Denn, liebe Frau Beck, die Wörter „Schnellzug“, „Tempo“ und „Grüne“ in einen Satz zu packen, ist nicht nur ambitioniert,

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

sondern erinnert eher an „Wünsch‘ mir was“ und hat mit der „Ja, so ist es“-Realität nichts, aber auch gar nichts zu tun.

(Beifall von SPD und CDU – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP: Sie machen lieber die Rolle rückwärts!)

Die SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland verfolgt mit Ihren politischen Aktivitäten einen ganzheitlichen Ansatz. Eines unserer dezernatsübergreifenden Schwerpunktthemen in dieser Legislaturperiode ist die Sicherstellung einer effizienten Aufgabenerledigung durch die LVR-Verwaltung.

Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir mit dem Antrag 14/48 unsere Zielsetzung klar formuliert: „Der Landschaftsverband Rheinland stellt sich im Fokus qualitativ hochwertiger und effektiver Aufgabenerledigung und Dienstleistungen den Anforderungen an eine bürgernahe, flexible und moderne Verwaltung.“

Eine effiziente und bürgernahe Aufgabenerledigung bedeutet für uns insbesondere auch einen nachhaltigen Einsatz der im Haushalt bereitgestellten Mittel. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Sozialhilfe. Die Produktgruppe „Soziales“ bildet mit einem Aufwandsbudget von rund 3 Milliarden € rund 80 % des Gesamtbudgets des LVR ab. Schwerpunkte bilden wie auch in den Vorjahren die Leistungen für Menschen mit Behinderung zum Wohnen sowie zur Beschäftigung, Letzteres in der Regel als Beschäftigung in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Insgesamt erhalten im Rheinland zwischenzeitlich rund 70.000 Menschen mit Behinderung Eingliederungshilfen.

Im Bereich der Wohnhilfen wurde in den zurückliegenden zehn Jahren im Rheinland viel erreicht. Zwischenzeitlich lebt jeder sechste Mensch mit Behinderung, der Eingliederungshilfen erhält, in einer selbstständigen Wohnform. Das sind, Herr Rehse, keine „ideologischen Wunschvorstellungen“, sondern das ist der Beweis dafür, dass die mit diesen Leistungen verbundenen Haushaltsmittel nachhaltig, das heißt zur finanziellen Entlastung der Kommunen und zum Wohle der betroffenen Menschen, verwendet wurden.

Einen wesentlichen Beitrag zu dieser Entwicklung haben die durch unsere Anträge gesetzten Akzente geleistet. Wir können im Rheinland mit Stolz auf das Erreichte schauen. Für uns ist dies aber auch Antrieb, die Leistungen weiterzuentwickeln, um noch mehr Menschen mit Behinderung eine autarke, selbstständige Wohnform zu ermöglichen. Hier setzen wir auf eine weitere Ausdifferenzierung der finanzierten Leistungen sowie auf eine inklusive Gestaltung der Sozialräume, das heißt dort, wo die Menschen mit Behinderung leben, wo sie ihr zu Hause haben. Hierzu haben wir in diesem Jahr gemeinsam mit der CDU eine Vielzahl von Anträgen in die Haushaltsberatung eingebracht, die wichtig sind, um die bisherige Entwicklung fortzusetzen.

Eine gleiche Entwicklung wünschen wir uns für die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben. Wichtig wird daher die frühzeitige Beratung während der Schulzeit sein. Aus diesem Grund hat die GroKo die organisatorische Zusammenführung des LVR-Integrationsamtes mit dem LVR-Fachbereich Schulen initiiert und mit Frau Prof. Dr. Faber eine

thematisch erfahrene Fachfrau für die Dezernatsspitze gefunden.

(Beifall von SPD und CDU)

Für uns stand und steht hier nicht der organisatorische Aspekt im Vordergrund. Die Entscheidung ist eine Maßnahme für eine fachlich-inhaltliche Aufgabenerledigung bei einem nachhaltigen Einsatz der Haushaltsmittel. Wir sind sicher: Die Bündelung der Kräfte wird entscheidend dazu beitragen, gerade jungen Menschen mit Behinderung die Chancen zu geben, eine Ausbildung zu machen und ihnen damit langfristige Perspektiven für eine Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt zu eröffnen. Dies wird ihre Autonomie erheblich stärken und sie zumindest weitgehend unabhängig von Sozialleistungen machen. Und dies führt am guten Ende auch noch zur Entlastung des Haushaltes und somit unserer Mitgliedskörperschaften.

Sehr geehrte Damen und Herren, im Rheinland haben wir viel erreicht, und wir werden den erfolgreich eingeschlagenen Weg fortsetzen. Aber die stetig steigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe können von der kommunalen Familie nicht mehr alleine gestemmt werden. Wir brauchen daher die finanzielle Beteiligung des Bundes an den Aufwendungen für die Eingliederungshilfe, wie im Koalitionsvertrag der Regierungskoalitionen in Berlin zugesichert.

Ich möchte dies an dieser Stelle nicht erneut ausführlich begründen. Renate Hötte hat hierzu umfänglich in ihrer Haushaltsrede ausgeführt. Dem kann ich mich für meine Fraktion nur anschließen. Und ich appelliere an uns alle: Lassen Sie uns nicht nachlassen, unsere Forderung deutlich zu formulieren und unsere Gremienstrukturen und Einflussmöglichkeiten hierzu zu nutzen. Wir brauchen ein Bundesteilhabegeld genauso wie eine fachliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfen. Beides muss Inhalt des erwarteten Bundesteilhabegesetzes sein.

(Beifall von SPD und CDU)

Und wer – das finde ich sehr gut – seine Partei um Zustimmung bittet, einem Koalitionsvertrag zuzustimmen, der muss die dort getroffenen Vereinbarungen auch einhalten. Sonst darf er sich nicht wundern, wenn Genossinnen und Genossen plötzlich nicht mehr „Seit‘ an Seit‘ mit der

Partei schreiten“, sondern eher streiten und sich den Protesten der Verbände anschließen.

Lieber Herr Lewandrowski, die Arbeit im Bereich der Sozialhilfe ist eine sehr verantwortungsvolle Aufgabe, die die Verwaltung vor immer neue Herausforderungen stellt. Ich wünsche Ihnen gerade zu Beginn Ihrer Amtszeit viel Erfolg. Die Unterstützung der SPD-Fraktion sichere ich Ihnen zu.

Und lassen Sie mich an dieser Stelle auch nochmals Renate Hötte danken, die während der Aufstellungsphase des Doppelhaushaltes 2015/2016 auch die Leitung des Sozialdezernates übernommen hat und, wie so häufig, gute Arbeit geleistet hat.

(Beifall von SPD und CDU)

Der LVR-Klinikverbund steht weiterhin vor der großen Herausforderung, ein neues Entgeltsystem in den durch Krankenkassen finanzierten Bereichen einführen zu müssen. Wir alle sind froh, dass es mit gemeinsamer Anstrengung im Laufe des Jahres 2014 – ich sehe Regina Schmidt-Zadel dort hinten – gelungen ist, eine zweijährige Verschiebung der Einführung des PEPP-Systems erreicht zu haben. Damit haben die gemeinsamen Aktivitäten der Verbände – zum Beispiel die einstimmig beschlossene Resolution gegen das neue Entgeltsystem dieser Landschaftsversammlung – Wirkung gezeigt.

Nach wie vor steht der LVR dem System kritisch gegenüber. Deswegen soll in diesem Jahr eine Fachtagung mit einer kritischen Reflexion der möglichen Anwendung des Systems durchgeführt werden. Wir hoffen auf wichtige Impulse für dringend erforderliche Veränderungen.

Wirtschaftlich gesehen steht der LVR-Klinikverbund weiterhin auf gesunden Beinen. Für die Jahre 2015 und 2016 werden wieder deutlich positive Ergebnisse erwartet. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass nach dem aktuellen Krankenhausrating-Report nur noch 50 % der Kliniken positive Ergebnisse erwarten – mit abnehmender Tendenz. Während die Betriebskosten unserer Kliniken ausreichend finanziert sind, reichen die durch das Land NRW zu finanzierenden Investitionsmittel für die Krankenhausförderung bei Weitem nicht aus, den Investitionsstau bewältigen zu können. Wir rufen deswegen das Land auf, sei-

ner Verantwortung für die Krankenhausfinanzierung nachzukommen und nicht weiterhin die kommunale Familie zu belasten.

(Beifall von SPD und CDU)

Und natürlich: Auch der Krankenhausbereich soll sich an den Zielen der Schaffung inklusiver Lebensverhältnisse beteiligen. Deshalb muss selbstverständlich auch hier geprüft werden, wie zusätzliche betriebsintegrierte Arbeitsplätze und vor allem neue Arbeitsplätze des ersten Arbeitsmarktes für Menschen mit Behinderung geschaffen werden können. Dies hat die Opposition dann im Laufe des Antragsverfahrens auch so gesehen, sodass wir uns jetzt gemeinsam über die Einrichtung eines Integrationsbetriebes in der Kölner Klinik freuen können. Liebe Frau Wenzel-Jankowski, weiter so! Herzlichen Dank dafür.

(Beifall von SPD und CDU)

Zur Jugend. Die weitgehend einvernehmliche Einführung der Kindpauschale war eine schwere Geburt. Wir alle sahen uns großer Kritik ausgesetzt, da – wie immer bei Veränderungsprozessen – viele Ängste ausgelöst wurden, denen wir begegnen und deren Folgen und Protesten wir uns stellen mussten.

Wir haben diese Pauschale eingeführt, um inklusive Verhältnisse für Kinder unterhalb des Schulalters zu erreichen. Und diese Entscheidung war richtig – ich möchte das hier noch mal ausdrücklich feststellen –, genauso wie es richtig ist, die Kindpauschale auch auf die Tagespflege zu übertragen. Denn durch die Einführung der Pauschale schaffen wir die Voraussetzung für inklusive Verhältnisse im Kita- und Tagespflegebereich.

Aber: Es war auch richtig, die endgültige Umsetzung um ein Jahr zu verschieben. Die Erkenntnisse aus dem Monitoringprozess können so besser berücksichtigt werden.

An der Stelle noch einmal ganz herzlichen Dank an Rolf Einmahl und die CDU-Fraktion, die meinem Anliegen dazu zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen nachgekommen sind.

Neben diesem eher spektakulären Thema möchte ich noch ein anderes Feld – nicht so populär, aber nicht weniger wichtig – ansprechen.

Die Bundesinitiative Frühe Hilfen wird in NRW durch die Landeskoordinierungsstelle beim Jugendministerium bearbeitet. Da gibt es Geld für die Koordination von Netzwerken Früher Hilfen für jede Kommune. Es ist nicht viel Geld, aber verlässlich, und es ermöglicht so, mit den Frühen Hilfen den ersten Baustein einer Präventionskette von Teilhabe und Bildung zu gestalten, und zwar für alle Kinder, Jugendlichen und Familien und vor allem für die, die von der Teilhabe am sozialen Leben und an Bildung weitestgehend ausgeschlossen sind.

Damit haben wir im LVR auf unsere Initiative hin mit den Programmen „NeFF – Netzwerke Frühe Förderung“ und dem aktuellen Programm „Kommunale Netzwerke gegen Kinderarmut“ schon weit vor der Bundesinitiative viel Erfahrung gesammelt. Zurzeit werden rheinische Kommunen durch finanzielle Förderung, intensive Beratung und Förderung unterstützt. Wir haben im Koalitionsvertrag die Arbeit der Koordinationsstelle Kinderarmut besonders betont und deren Sicherung und Ausweitung vereinbart. Das ist wichtig. Denn nach den neuesten Studien bleibt uns das Problem von Armut und fehlender Teilhabe insbesondere bei Kindern und Jugendlichen trotz aller Bemühungen leider erhalten.

Zum Bereich Jugend. Herzlichen Dank an den Dezernenten, Herrn Lorenz Bahr, der meines Erachtens jetzt dort ist, wo er seine Qualifikation sicherlich am allerbesten unter Beweis stellen kann.

(Beifall von SPD und CDU – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP: Unverschämtheit! – Ilona Schäfer, Grüne: Das ist eine absolute Frechheit! – Martin Kresse, Grüne: Persönliche Erklärung!)

Abschließend eine persönliche Anmerkung: Die SPD-Fraktion hat bis Sommer 2014 zehn Jahre lang gut und aus meiner Sicht erfolgreich gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP in der sogenannten Gestaltungsmehrheit gearbeitet, und – das ist kein Geheimnis – wir hätten diese Arbeit auch weiter fortgesetzt.

Die Ergebnisse der Kommunalwahl – die SPD hatte als einzige der beteiligten Parteien zugelegt – ergaben keine stabile Mehrheit.

Es liegt doch auf der Hand, dass eine Partei wie die SPD, die seit Jahrzehnten immer an der politischen Gestaltung im LVR mitgewirkt hat und in der Verwaltungsspitze sowie der politischen Repräsentation immer führend vertreten war und ist, dann das Angebot eines anderen möglichen Koalitionspartners zu Sondierungsgesprächen annimmt, um ihre politischen Ideen gemeinsam stabil umsetzen zu können.

(Martin Kresse, Grüne: Das „sozial“ sollten Sie streichen!)

Dass die „alten“ Partner dann enttäuscht, gar sauer sind, ist noch nachvollziehbar, aber es ist auch politischer Alltag. Auch der SPD ist der erste Schritt auf die neuen Partner zu nicht leichtgefallen.

(Zurufe von Grünen und FDP: Oh! – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP: Eine Runde Mitleid! – Ilona Schäfer, Grüne: Da sind wir aber traurig!)

Aber – und dafür sind wir dankbar – der Ablöseprozess wurde uns durch einen unserer „Alt-Partner“ erheblich erleichtert. Was ein rheinischer Multifunktionär über die sozialen Netzwerke an Verleumdungen und Schmähungen auskübelte, spricht für ihn.

Es ist nun einmal so: Man bekommt nie alles im Leben – auch nicht bei Koalitionsverhandlungen –, aber nirgends zeigt sich der Charakter eines Menschen oder einer Gruppe so klar und deutlich wie an den Reaktionen darauf,

(Martina Zsack-Möllmann, Grüne: Das sagt der Richtige!)

wenn er/sie nicht das bekommt, was er/sie denn gerne hätte.

(Beifall von SPD und CDU)

Da hat die SPD-Fraktion bzw. da habe ich viel gelernt, das hat bisherige Beziehungen geklärt, und das hat uns insgesamt gestärkt.

(Zurufe von den Grünen:
Das stimmt allerdings!)

Danke dafür, dass es auch anders geht. Danke an die FDP-Fraktion – namentlich an Lars Effertz und Hans-Otto Runkler – für ihr faires Verhalten.

(Beifall von der SPD – Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP: Die bekommen jetzt ein Fleißkärtchen!)

Bleibt mir zum Schluss zu danken der CDU-Fraktion mit Rolf Einmahl und Frank Boss, mit denen wir ausgesprochen gute, faire Sondierungsgespräche geführt haben, die dann in einen Koalitionsvertrag gemündet sind, der von 30 Kolleginnen und Kollegen beider Fraktionen erarbeitet wurde und nicht nur in Sachen Schaffung inklusiver Verhältnisse seinesgleichen sucht.

Die Große Koalition hat in ihren Koalitionsverhandlungen nach dem altrömischen Verhandlungsprinzip „Divide et Impera“ – teile und herrsche – sowohl die Verwaltungsspitze mit der Besetzung von drei vakanten Dezernatsleitungen gestärkt als auch die politische Repräsentanz während der laufenden Wahlperiode geteilt. Das heißt, wir übernehmen gemeinsam die Verantwortung der politischen Gestaltung für die Wahlperiode bis 2020.

Ich danke Renate Hötte für ihren Einsatz und ihre gute Arbeit gemeinsam mit Guido Soethout und dem gesamten Team der Kämmerei,

(Beifall von SPD und CDU)

die uns einen soliden Haushaltsentwurf vorgelegt haben, dem wir hier heute gerne zustimmen werden – natürlich ergänzt um unsere Anträge.

Ich danke meiner Fraktion für die sehr lebendigen und kreativen Haushaltsberatungen.

Ich danke dem Verwaltungsvorstand insgesamt für seine gute Arbeit und die vertrauensvolle Zusammenarbeit, auch bislang schon und künftig mit dem Ersten Landesrat Reiner Limbach, über dessen Mitwirken im Verwaltungsvorstand ich mich sehr freue.

Und natürlich danke ich Ulrike Lubek an der Spitze der Verwaltung, die bis Ende dieser Woche so „nebenbei“ auch noch das Dezernat Schulen leitet, für ihren fachlich ausgezeichneten, beispielhaft unermüdlichen und charmanten Einsatz für den Verband und damit für das Wohlergehen der Menschen im Rheinland.

Ich danke Thomas Böll und Leila Soumani, die mit großem Engagement, Herz und Verstand diese SPD-Fraktion und ihre Gestaltungskraft entscheidend mitprägen.

(Beifall von der SPD)

„Qualität für Menschen“ – dafür steht die SPD-Fraktion im LVR. Und dafür stehe ich. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall von SPD und CDU)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Herr Bortlitz-Dickhoff.

Johannes Bortlitz-Dickhoff, Grüne: Sehr geehrter Vorsitzender der Landschaftsversammlung! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Obwohl ich gerade von meiner Fraktion aufgefordert wurde, etwas deutlicher insbesondere zur Rede von Herrn Prof. Dr. Rolle Stellung zu nehmen, werde ich bei meinem Redemanuskript bleiben. Ich werde ganz explizit bei meinem Redemanuskript bleiben, weil dann deutlich wird, dass mein Stil ein anderer ist.

(Beifall von den Grünen)

Nach zehn Jahren in der Gestaltungsmehrheit – manche mögen den Begriff nicht mehr so gern hören, andere haben ihn vielleicht schon vergessen – ist das wieder ein Haushalt, den wir aus der Opposition heraus bewerten.

Wenn ich auf die vergangenen zehn Haushalte zurückblicke, dann waren das für den LVR erfolgreiche Jahre. Wir haben gemeinsam mit unseren GM-Partnern eine dreistellige Millionensumme konsolidiert, damit der LVR handlungsfähig bleibt und um unsere Mitgliedskommunen zu schonen. Wir haben gleichzeitig massiv Schulden abgebaut, um auch in Zukunft unser Geld für diejenigen ausgeben zu können, die unsere Hilfe brauchen. Wir haben keine Achterbahnfahrten bei der Umlage gemacht, sodass unsere Kommunen immer Planungssicherheit hatten. Wir haben gleichzeitig den Umlagesatz gesenkt – im Gegensatz übrigens zur vorherigen Mehrheit. Und nicht zuletzt haben wir den LVR auch inhaltlich nach vorne gebracht.

Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ hat ja nicht nur Geld gespart, sondern in erster Linie dafür gesorgt, dass viele Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmteres Leben führen können.

Die von uns eingeführten Energiestandards und Leitlinien für ökologisches Bauen sind vorbildlich. Und wir sind wichtige Schritte hin zu einer inklusiven Gesellschaft gegangen, in der alle Menschen die benötigte Förderung erhalten und es weniger Ausgrenzung und Separierung gibt. Menschen mit Behinderung gehören mitten in unsere Gesellschaft und nicht in Sondereinrichtungen, seien diese manchmal auch noch so bequem.

(Beifall von den Grünen)

Politische Mehrheiten, die sich diesen Zielen verpflichtet fühlen, werden auch künftig unsere Unterstützung haben. Gleichzeitig werden wir aber genau beobachten, wo Rückschritte oder Verschlechterungen eingeleitet werden. Das werden wir dann auch deutlich kritisieren und Alternativen aufzeigen. Das verstehen wir unter konstruktiver Opposition, und diese Rolle nehmen wir fürs Erste an.

Als grüne Fraktion war uns sehr schnell klar, dass wir uns nicht passiv der neuen Situation ausliefern wollen. Wir haben uns konstruktiv und solidarisch in unsere neue Rolle eingearbeitet. Deshalb möchte ich hier als Erstes vor allem meiner Fraktion für ihren Vertrauensbeweis danken. Es macht Spaß, mit und für euch zu arbeiten. Danke schön.

(Beifall von den Grünen)

Schnell wurde auch deutlich, dass alle Oppositionsfraktionen sich nicht einfach der Übermacht der Großen Koalition ergeben wollten. Im Vorfeld der Konstituierung waren wir uns einig, dass wir trotz aller inhaltlichen Unterschiede klug zusammenarbeiten müssen, um vor allem in Fragen der Wahrnehmung der demokratischen und parlamentarischen Rechte zumindest ein wenig gegensteuern zu können.

Ich finde, die Zusammenarbeit ist uns ganz gut gelungen. Wir waren oft besser vorbereitet als die Große Koalition. Wenn ich mir die Ereignisse bei der ersten Landschaftsversammlung und beim ersten Landschaftsausschuss vergegenwärtige, dann hat es schon aller aus meiner Sicht auch unerlaubter Tricks seitens der Mehrheit bedurft, um uns auszubremsen.

(Beifall von den Grünen – Frank Boss, CDU: So ist das mit der Wahrnehmung!)

– Mir ist nach wie vor nicht klar, wie man eine sich nicht artikulierende Gruppe in einer Abstimmung feststellen konnte. Das ist mir nach wie vor nicht klar, wie man das hinbekommen konnte.

Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass sowohl die Wahlen zum Landschaftsausschuss als auch die anschließenden Wahlen zu den Gremienbesetzungen im Landschaftsausschuss nicht korrekt liefen. Hierzu steht immer noch die Aussage des Innenministeriums aus. Dann werden wir weitersehen. Jedenfalls möchte ich allen Oppositionsfraktionen für die gute, faire und immer interessante Zusammenarbeit danken. Ich sage ausdrücklich: Wir arbeiten mit den Fraktionen zusammen, aber nicht mit der einen Gruppe.

Wenn ich schon bei Vertrauensverhältnissen bin: Ich möchte allen Mitgliedern des Verwaltungsvorstands für die immer faire Zusammenarbeit danken. Unsere Kritik an der Art und Weise der Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in der Landschaftsversammlung richtet sich ausdrücklich nicht an die Mitglieder des Verwaltungsvorstands.

(Beifall von den Grünen)

Dass an der einen oder anderen Stelle insbesondere Unterschiede in der juristischen Bewertung von Sachverhalten vorliegen, gehört zum politischen Geschäft. Zwei Juristen, drei Meinungen.

Einen besonderen Dank möchte ich unseren grünen Dezernenten aussprechen. Wir arbeiten hervorragend zusammen, und ihr seid der Garant, dass nach wie vor im Verwaltungsvorstand auch grüne Ideen einfließen. Du, lieber Lorenz, hast einen hervorragenden Job im Sozialdezernat als Nachfolger von Martina Hoffmann-Badache gemacht, und es wäre gut und sinnvoll gewesen, wenn du dort weiter hättest arbeiten können.

(Beifall von den Grünen)

Ich bin mir aber sicher, dass du auch als Jugenddezernent erfolgreich sein wirst.

(Prof. Dr. Jürgen Rolle, SPD:
Das habe ich doch auch gesagt!)

Es ist richtig, dass sich der LVR hinsichtlich der Flüchtlingshilfe mit seinen besonderen Qualifikationen engagiert. Der LVR wird im Auftrag des

Landes die Verteilung der unbegleitet minderjährigen Flüchtlinge übernehmen. Auch hier sind wir uns überfraktionell einig, wie wichtig die Arbeit ist.

Wir haben in den vergangenen Jahren den LVR als arbeitnehmerfreundliche und serviceorientierte Behörde aufgestellt. Und vieles davon hat Frank vom Scheidt umgesetzt oder auf den Weg gebracht.

(Beifall von den Grünen – Frank Boss,
CDU: Das war aber ein dezenter Applaus!)

Durch die Gründung des Instituts für Training, Beratung und Entwicklung sowie mit dem Abschluss der Dienstvereinbarungen zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement und zu Zeitwertkonten hat er wesentlich zur Modernisierung des Verbandes beigetragen. Dafür gebührt ihm Dank. Du hast aber wohl bei deiner Tätigkeit ein paar der hier Anwesenden zu oft auf den Schlips getreten. Das lässt sich die GroKo nicht gefallen, und das lässt dich die GroKo jetzt spüren.

(Frank Boss, CDU:
Jetzt wird es aber flach!)

Das ist unverdient und schlecht für den Verband.

Schon die Einrichtung eines kleinen und auf die spätere Abwicklung hin optimierten Umweltdezernates ist eigentlich eine Frechheit und wird der Aufgabenstellung nicht gerecht. In ein Umweltdezernat gehört die Zuständigkeit für die Biologischen Stationen und die Naturparks.

Welchen Wert CDU und SPD hier im Hause aber tatsächlich einer funktionsfähigen Umweltverwaltung zumessen, zeigt, mit welcher Chuzpe sie bei den Stellenplanberatungen den Verwaltungsvorschlag, das neue Umweltdezernat arbeitsfähig zu machen, vor die Wand laufen ließen. Deutlicher kann man seine Absichten und sein Desinteresse an umweltpolitischen Fragen nicht zeigen.

(Beifall von den Grünen)

Während wir das Horten von Aufgabenbereichen des Umweltschutzes im Kulturdezernat kritisieren, sehen wir auch die gute und nachhaltige Arbeit des Kulturdezernates. Aktuell ist sicher die Auseinandersetzung mit dem europäischen Schicksalsjahr 1914 zu nennen. Vielen Dank für die Dokumentation der Zeugnisse der Kriege und

der Militärgeschichte im Rheinland. Es kann nicht sein, dass mehr Amerikaner als Rheinländer wissen, was sich im Hürtgenwald im Zweiten Weltkrieg zugetragen hat.

Was aus meiner Sicht aber nach wie vor ansteht, ist eine museale Aufarbeitung der jüngeren Industriegeschichte des Rheinlands, insbesondere zum Beispiel auch des Braunkohlebergbaus oder der Chemieindustrie.

Was auch ansteht, ist, Kunstwerke von Menschen, die wir als psychisch gestört oder krank wahrnehmen, ernst zu nehmen. Einem Dadaisten und Trautmäntzer wie Max Ernst haben wir in Brühl ein eigenes Museum gewidmet und sind – nebenbei – ganz froh, dass nicht noch weiter in der Frage der Beteiligung von Prof. Dr. Spieß an der Begutachtung von Kunstwerken öffentlich spekuliert wird. Es wäre aber sicher auch im Sinne von Max Ernst, wenn wir dem inklusiven Künstlerprojekt „Nebelhorn“ aus Schermbeck eine Sonderausstellung im Max-Ernst-Museum ermöglichen.

(Beifall von den Grünen)

Sie wissen, meine Damen und Herren, dass ich mich gerne und engagiert in das Projekt „Internationaler Platz Vogelsang“ eingebracht habe. Dieser Ort nationalsozialistischer Gehirnwäsche muss zu einem internationalen Lernort für Demokratie und Menschenrechte im Nationalpark Eifel werden.

Ich bin dankbar dafür, dass Verwaltung und Politik des LVR die Aufgabe als größter Gesellschafter ernst nehmen und auch die letzten Hürden des Umbaus des Zentralbereichs mit stemmen. Wichtig ist, dass nichts an diesem Ort passiert, was das Grauen verharmlost, das vom deutschen Faschismus ausgegangen ist. Ein Krimi-Hotel wäre genau eine solche Verharmlosung. Wir müssen hier wachsam bleiben. Andere Projekte an diesem Ort sind hingegen zu begrüßen, so die Renovierung des Kulturkinos oder das wunderbare Projekt „Sternenpark Eifel“ oder das Museum des Roten Kreuzes.

Zu einer Haushaltsdebatte gehört auch der politische Rückblick. Die SPD hat nach der vergangenen Kommunalwahl die Gestaltungsmehrheit beendet. Um es noch einmal klar zu sagen: Die Fortsetzung unserer Zusammenarbeit war jederzeit möglich.

(Beifall von den Grünen)

Alle, die dabei waren, wissen, wie es gelaufen ist. Alle, die dabei waren, wissen, welche festen Verabredungen getroffen wurden. Insbesondere hatten wir fest verabredet, zunächst die endgültige Besetzung der Landschaftsversammlung abzuwarten, bevor wir über die Möglichkeit urteilen, die Gestaltungsmehrheit fortzusetzen.

Natürlich werden im Nachhinein unterschiedliche Geschichten erzählt, insbesondere in der SPD. Man will ja seinen eigenen Laden zusammenhalten. Aber manche der Geschichten sind absolut abenteuerlich, beispielsweise die, dass sich die FDP einer bestimmten Zusammenarbeit verweigert habe oder dass die Grünen zuerst auf die CDU zugegangen seien.

Jetzt ist es natürlich interessant, wie es mit der neuen Mehrheit weitergeht. Die SPD hat sicher an der GroKo gereizt, dass die Sicherung errungener Machtpositionen bei einer komfortableren und pfleglicheren Mehrheit möglich ist. Wenn ich mir den Koalitionsvertrag und die zuerst durchgesickerten Meldungen vergegenwärtige, dann schien das ja auch aufzugehen. Politische und Verwaltungsführung sollten dauerhaft beim Juniorpartner der GroKo bleiben. Ein bisschen hat sich das bereits während der Verhandlungen geändert. Den weiteren Lauf der Dinge beobachten wir interessiert.

Natürlich war es für die CDU erst einmal ein Erfolg, sowohl die Gestaltungsmehrheit gespalten zu haben als auch nach zehn Jahren im LVR wieder in die Mehrheit zu kommen. Dafür nimmt man einiges in Kauf. Die Union hat in der Koalitionsvereinbarung der SPD nicht nur die wichtigsten Posten zugestanden, sie hat auch inhaltlich fast keine Spuren im Koalitionsvertrag hinterlassen.

(Dr. Gert Ammermann, CDU:
Das stimmt nicht! Das ist ein Irrtum!)

Betrachten wir die Positionen der Union in den vergangenen Jahren, und was daraus geworden ist:

Ablehnung der Archäologischen Zone mit Jüdischem Museum. Dieses Projekt wird jetzt unterstützt.

(Frank Boss, CDU: Ablehnung der Finanzierung! – Rolf Einmahl, CDU: Mit der Wahrheit hapert es bei Ihnen!)

Ablehnung von Modellprojekten. Durch die Haushaltsanträge der GroKo werden elf weitere Modellprojekte initiiert. Das haben wir nicht einmal in unseren besten Zeiten geschafft.

(Beifall von den Grünen – Frank Boss, CDU:
Jetzt können Sie in der Opposition üben!)

Personalabbau und der Verweis auf geringere Standards in den Mitgliedskommunen waren immer das Credo der CDU in der Haushaltsdebatte. Jetzt wird nicht nur ein weiteres Dezernat geschaffen, sondern es werden beispielsweise im Kulturbereich Stellen zugesetzt.

Die Forderung nach einer stärkeren Umlagesenkung wurde immer gebetsmühlenhaft vorgetragen. Und jetzt ist davon nichts mehr zu spüren.

(Beifall von den Grünen)

Im Gegenteil: Die Haushaltsanträge der Großen Koalition verursachen Mehrkosten, die natürlich die finanzschwachen Kommunen tragen müssen.

Leidet da eine Mehrheitsfraktion an politischer Amnesie? Ich glaube eher, da wird in langen Linien gedacht, politische Inhalte sind eher nebensächlich. Insofern bin ich gespannt, wohin die langen Linien führen werden.

Ulrike Lubek hat bei ihrer Rede vor der Landschaftsversammlung über ihr Bergfest, also über die gerade erreichte Mitte ihrer Wahlperiode, gesprochen. Da könnte bewusst oder unbewusst durchaus ein realistisches Bild gezeichnet worden sein. Denn wie wir alle wissen, geht es bei einem Berg erst einmal hoch zur Spitze, da feiert man dann Bergfest und genießt die Aussicht. Doch um im Bild zu bleiben: Kein Mensch bleibt dauerhaft auf dem Gipfel. Möglicherweise bringt sich der nächste Gipfelstürmer schon in Position.

Die erste zentrale Entscheidung der neuen Koalition war die Schaffung eines weiteren Dezernats, frei nach dem Motto: Was kümmert uns unser Geschwätz ein halbes Jahr zuvor? Was kümmert uns die Reaktion der Kommunen? Und was kümmert uns die Meinung der Beschäftigten, wenn wir die Dezernatsorganisation ohne Sinn und Verstand durcheinanderwirbeln? – Es ist

doch auch jetzt schon klar, dass der neu geschaffene Posten von der GroKo wieder besetzt wird.

Angesichts dieser falschen und teuren Entscheidung wäre es sicher nahe liegend gewesen, wenn wir bei den Wahlen der neuen Landesräte mit Nein gestimmt hätten. Aber das wäre auch eine Ablehnung der zur Wahl stehenden Personen gewesen. Und so einfach wollten wir uns das nicht machen. Wir haben uns mit allen Kandidatinnen und Kandidaten intensiv beschäftigt und sind zu einem insgesamt positiven Votum gekommen.

(Frank Boss, CDU:
Alle höchst qualifiziert!)

– Sonst hätten wir auch mit Nein gestimmt.

(Frank Boss, CDU: Ja, eben, ich will nur darauf aufmerksam machen!)

– Ich sagte doch, dass ich differenziert mit der Situation umgehe, und so verhalten wir uns auch. Ich finde, so muss man das auch machen.

(Beifall von den Grünen)

An dieser Stelle möchte ich die neue Landesrätin und die neuen Landesräte ganz herzlich willkommen heißen und ihnen versichern, dass wir zum Wohle der Menschen im Rheinland an einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit interessiert sind.

(Beifall von den Grünen)

Bei der Gesamtbewertung des vorliegenden Haushalts haben wir es uns auch nicht einfach gemacht und gesagt: Wir sind jetzt Opposition, also fordern wir eine drastische Umlagesenkung und lehnen den Haushalt einfach ab. – Dafür hätten wir zwei, drei Lorbeerblätter von den Mitgliedskommunen einheimen können und deutlich gemacht, dass die politische Verantwortung jetzt bei anderen liegt.

Nein, wir fühlen uns aber nach wie vor für den LVR verantwortlich und haben sowohl das Verbandsinteresse als auch die Interessen der auf unsere Unterstützung angewiesenen Menschen im Blick. Deshalb haben wir sorgfältig den vorgelegten Haushaltsentwurf, aber auch die vorgenommenen Änderungen beleuchtet und dann eine

Gesamtbewertung vorgenommen. Diese fällt differenziert aus.

Zunächst stellen wir fest, dass der von der Verwaltung vorgelegte Haushaltsentwurf in der Tradition der Gestaltungsmehrheit steht. Die Chancen und Risiken werden nachvollziehbar dargestellt, die Argumentation ist transparent, und es ist kein inhaltliches „Roll-Back“ zu erkennen. Der Haushaltsentwurf lässt daher noch die vorwärtsführende Handschrift der Gestaltungsmehrheit erkennen. An dieser Stelle herzlichen Dank an die Kämmerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die gute Arbeit und für die wie immer vorbildliche Unterstützung bei unseren Beratungen.

(Beifall von den Grünen)

Was wir allerdings kritisieren, ist die Festlegung der Großen Koalition, in Zukunft nur noch Doppelhaushalte verabschieden zu wollen. Scheut da jemand die jährliche Auseinandersetzung?

(Prof. Dr. Jürgen Rolle: Das macht ihr doch im Kreis auch!)

– Ja, der Einwurf ist nachvollziehbar. Aber werden wir es immer machen? Keine Ahnung. Da wissen Sie mehr als ich.

Wir alle wissen, wie schwer sich Fallzahlen, Entgelte oder die weitere Entwicklung bei stationären und ambulanten Wohnhilfen prognostizieren lassen.

Noch einmal zu Ihrem Einwand: Wir hinken im Rhein-Erft-Kreis mit den Rechnungsabschlüssen für mehrere Jahre hinterher und müssen der Kämmerei, da wir an der Stelle die Stellen nicht ausweiten wollen, die Möglichkeit geben, diese Abschlüsse, die die Regierungspräsidentin auch einfordert, nachzuarbeiten. Da sind wir dran. Deswegen machen wir den Doppelhaushalt.

(Nicole Susanne Weiden-Luffy, SPD:
Und wie war das vorher mit der Kontrolle?)

– Ich muss jetzt aber nicht intensiver in die Schirmmützel mit dem Rhein-Erft-Kreis einsteigen.

(Beifall von den Grünen – Frank Boss, CDU: Warum eigentlich nicht?)

Doppelhaushalte verschlechtern die Qualität unserer Beratungen. Sie verschlechtern aber auch

die Transparenz. Sowohl für unsere Mitgliedskommunen als auch für die Landschaftsversammlung bedeutet dies weniger Mitsprache und Einflussmöglichkeiten.

(Frank Boss, CDU: Das Gegenteil ist der Fall!)

Ist das gewollt? So werden die wichtigen Entscheidungen beim LVR in immer kleinere Machtzirkel zentralisiert.

Diese Tendenz zur Zentralisierung war in den Haushaltsberatungen auch daran ablesbar, dass die GroKo unsere Anträge in den Fachausschüssen ohne Beratung geschoben hat. In GM-Zeiten haben wir alle Anträge, die dort vorlagen, ordentlich beraten und auch darüber entschieden. Im Finanzausschuss haben dann CDU und SPD einige unserer Anträge wegen Beratungsbedarfs wieder in die Fachausschüsse verwiesen. Das verstehe, wer will.

(Beifall von den Grünen)

Das ist entweder dilettantisch oder politisches Kalkül, um nur ja nicht einen Oppositionsantrag unterstützen zu müssen. Folgerichtig hat die GroKo auch keinem unserer Anträge zugestimmt. Inhaltlich war das in keiner Weise nachvollziehbar.

Jedenfalls war das kein Ruhmesblatt für die neue Mehrheit, genauso wenig wie die in vielen Ausschüssen oft nur mangelhafte und lustlose Begründung der eigenen Anträge. Ein bisschen mehr Mühe sollte man sich schon machen und nicht sofort mit der komfortablen Zweidrittelmehrheit gute Argumente vom Tisch wischen.

Mit den 43 Anträgen der Großen Koalition sind wir differenziert umgegangen. Insofern ist die pauschale Schelte im Personalausschuss, wir sollten die Anträge der Großen Koalition doch lesen, sie seien schließlich auch gut und ausreichend schriftlich begründet, völlig fehl am Platz. Wir haben die Anträge gründlich gelesen und in unseren Arbeitskreisen intensiv diskutiert. Einige der Anträge fanden wir gut, und wir konnten zustimmen. Manche GroKo-Anträge sind aber auch Schnellschüsse und nicht gut durchdacht. Einiges davon hatte die GM schon auf den Weg gebracht.

Zusammengefasst hat die GroKo elf neue Modellprojekte, fünf Fachtagungen, zusätzliche

Personalstellen und damit auch deutliche Mehrausgaben auf den Weg gebracht.

(Andreas Blanke, Grüne: Hört, hört!)

Die Vorfestlegungen der Großen Koalition, die sie bei drei zentralen Projekten vorgenommen hat, lehnen wir ab. Hier werden bereits im Vorhinein die Ergebnisse formuliert, ohne weitere Untersuchungen von der Verwaltung oder die für eine Umsetzung notwendigen Konzepte abzuwarten.

Selbstverständlich müssen wir uns Gedanken über die Raumfrage für die Beschäftigten machen. Und dafür kommt eventuell auch eine Neubebauung auf dem Ottoplatz in Frage. Aber kluge Bauherren planen immer Alternativen mit. Die Große Koalition hat jetzt einfach festgelegt, dass sie eine Investorenlösung mit Komplettabriss und Neubebauung will. Sie hat dies fixiert, ohne dass die planrechtlichen Fragen mit der Stadt ausreichend geklärt sind, ohne dass mögliche Schwierigkeiten bei der Investorenlösung zu Ende gedacht sind und ohne zeitliche Alternativen zu berücksichtigen. Da können wir alle, insbesondere unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nur hoffen, dass das einigermaßen gut geht. Bei diesem Vabanque-Spiel machen wir nicht mit.

(Beifall von den Grünen)

Und zumindest eines wissen wir bereits heute: Für InfoKom – und damit auch für den LVR – wird es teuer.

Ohne die Beantwortung zentraler Fragen insbesondere nach der Wirtschaftlichkeit abzuwarten, hat die GroKo außerdem festgelegt, dass der LVR eigene zentrale Räumlichkeiten für alle Fortbildungen bekommen soll.

(Nicole Susanne Weidenluffy, SPD: Prüfauftrag!)

Jetzt ist es ja nicht so, dass es im Rheinland keine anderen Tagungsstätten gäbe. Alle bisherigen Rückmeldungen aus der Verwaltung haben ergeben, dass externe Lösungen wahrscheinlich wirtschaftlich effizienter und flexibler sind. Wir wollen zunächst prüfen lassen, ob sich eine eigene Tagungsstätte tatsächlich lohnt, bevor Pflöcke eingerammt werden.

Wir müssen uns auch über die Zukunft der Rheinischen Beamtenbau, unserer Wohnungsgesellschaft, Gedanken machen. Einen Verkauf lehnen wir ab. Die Rheinische Beamtenbau könnte als Wohnungsverwaltungsgesellschaft weiter jährlich eine kleine, stabile Rendite erwirtschaften. Oder sie könnte für den LVR und gegebenenfalls für andere weitere Aufgaben übernehmen, wie beispielsweise inklusives Bauen. Darüber kann man ja reden.

(Frank Boss, CDU: Genau das, was wir auf den Weg bringen!)

Aber zuerst müssen wichtige Fragen geklärt werden: Ist dies mit dem bisherigen Personalbestand möglich? – Nein. Wie viel Personal müssen wir eventuell zusetzen, oder gibt es in der Zentralverwaltung das notwendige Know-how? Ist das überhaupt verfügbar? Und was sagt unsere Mitgesellschafterin, die Provinzial, dazu?

Das alles ist nicht geklärt. In ihrer eigenen Selbstherrlichkeit legt die GroKo jetzt aber schon mal fest, dass aus der Rheinischen Beamtenbau ein Kompetenzzentrum Inklusion wird. Da bin ich auf die Umsetzung gespannt.

(Beifall von den Grünen – Frank Boss, CDU: Ja, das dürfen Sie auch sein!)

Das alles haben wir sorgfältig gewichtet und dann entschieden. Obwohl wir im Haushaltsentwurf viele unserer Ziele wiederfinden, wiegen aus unserer Sicht die politischen Weichenstellungen der Großen Koalition schwerer: unnötige Schaffung eines weiteren Dezernats, ideologische Stellenplanberatungen, falsche Grundsatzentscheidungen mit hohen finanziellen Risiken in wichtigen Aufgabenfeldern, Desinteresse an ordentlichen Haushaltsberatungen und eine völlig unnötige Ablehnung oder Blockade unserer Anträge.

Wir werden den Doppelhaushalt 2015/2016 ablehnen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns einen guten Beratungsverlauf.

(Beifall von den Grünen)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Vielen Dank. – Als Nächster spricht Herr Effertz.

Lars Effertz, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident Prof. Dr. Wilhelm! Meine liebe Frau Landesdirektorin Ulrike Lubek! Meine geschätzten Herren Landesräte! Meine verehrten Landesrätinnen! Sehr geehrte Gäste aus dem LWL! Liebe Renate Hötte! Meine Damen und Herren Kollegen! In Vorbereitung auf meine diesjährige Haushaltsrede stieß ich auf ein Zitat von Matthias Claudius. Claudius berichtet darin von einem Gespräch mit seinem Vater, und dieser wiederum gibt ihm einen Rat.

Dieser Rat soll Motto meiner Haushaltsrede sein. Er lautet: Du musst immer alles wissen, was du sagst, du darfst aber niemals alles sagen, was du weißt.

Die Fraktion der Freien Demokraten stimmt dem Haushalt zu. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP, CDU und SPD – Frank Boss, CDU: Das gibt einen Rekordeintrag!)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Frau Detjen.

Ulrike Detjen, Die Linke: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm! Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder der Landschaftsversammlung! Sehr geehrter Verwaltungsvorstand! Ich fasse mich nicht ganz so kurz,

(Frank Boss, CDU: Schade!)

aber ich werde auch nicht so lange wie meine Vorredner sprechen; das kann ich Ihnen versprechen.

Die Unterzeichnerstaaten der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich verpflichtet, regelmäßig über die Umsetzung der Konvention zu berichten. Am 17. April hat der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderung einen Katalog mit 25 Fragen zum ersten Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Der Ausschuss fragt unter anderem, wie die vielen Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderung auf Dauer aufgelöst werden können; das sind zum Beispiel Heime, Werkstätten und besondere Schulen.

Das sind Herausforderungen, vor denen nicht nur die Bundesregierung steht. Diesen Aufgaben muss und will sich, soweit ich das sehe, auch der

Landschaftsverband stellen. Aus meiner Sicht hätte eine Große Koalition die Chance, diese Fragen aufzugreifen und in die Zukunft zu entwickeln. Ihre beschlossenen Haushaltsanträge zeigen diesen Geist leider nicht.

(Beifall von der Linken)

Die Landschaftsumlage soll für 2015 auf 16,70 % und für 2016 auf 16,75 % steigen – und beide Jahre werden nach Plan mit einem Defizit abschließen. Das ist keine gute Voraussetzung, um die Inklusion im Rheinland voranzubringen.

Die Linke hat vier Anträge zu diesem Haushalt gestellt. Sie alle haben zum Ziel, die gesellschaftliche Teilhabe für Menschen mit und ohne Behinderung zu verbessern. Sie haben alle vier Anträge abgelehnt.

Sie wollen nicht, dass sich das LVR-Zentrum für Medien und Bildung verstärkt mit Leichter Sprache befasst, obwohl die Förderung der Leichten Sprache Teil des LVR-Aktionsplans ist. Sie wollen nicht einmal prüfen lassen, ob das LVR-Zentrum einen Beitrag dazu leisten kann.

Sie lehnen eine verbesserte Unterstützung von Gastfamilien ab, die psychisch Erkrankte aufnehmen.

Sie verschließen sich der Tatsache, dass Menschen mit Behinderung, die bei ihren Eltern leben, Ermutigung und konkrete Maßnahmen brauchen, damit sie selbstständig in der eigenen Wohnung leben können. Stattdessen wollen Sie prüfen lassen, ob wir womöglich noch mehr Heimplätze brauchen.

Und schließlich: Die Linke hat beantragt, bei der Vergabe zum Beispiel von Beförderungsfahrten zu prüfen, ob die Angebote tatsächlich dem Tarif-treue- und Vergabegesetz des Landes und dem Mindestlohngesetz entsprechen können. In einem Ausschuss wurde dazu mitgeteilt, dafür gebe es ja die Überprüfungsmöglichkeiten der Bundesministerin für Arbeit und Soziales. Ich frage Sie: Wollen Sie ernsthaft, dass der Zoll die Unternehmen prüft, die für den LVR und die von ihm bezahlten Unternehmen Fahrdienste erledigen?

Der Landschaftsverband ist in der Vergangenheit mehrfach in öffentliche Kritik geraten, weil die von ihm beauftragten Unternehmen Niedriglöhne an ihre Beschäftigten zahlen. Sie

sagen, dass sei ein Problem zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir sagen: Wer öffentliche Aufträge vergibt, ist auch dafür – und nach dem Landesgesetz sowieso – verantwortlich, dass die Beauftragten – und das sind am Ende die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn sie leisten die Arbeit – anständig behandelt und bezahlt werden.

(Beifall von der Linken)

Ich möchte an einigen Beispielen deutlich machen, warum wir befürchten, dass nicht mehr die Inklusion die Leitschnur des Handelns dieses Haushaltes ist:

In der Landschaftsausschusssitzung am 13. Januar 2014 hat der Fraktionsvorsitzende der CDU für seine Fraktion gefordert, vor der Ausschreibung für die Leitung des Sozialdezernates solle eine Neuordnung der Dezernate stattfinden. Ich zitiere aus der Niederschrift der Sitzung:

„Er appelliert an die Mitglieder des Landschaftsausschusses ... zunächst über eine tragfähige Neuordnung der Geschäftsverteilung der Dezernentinnen und Dezernenten unter Berücksichtigung des Themas ‚Inklusion‘ zu beraten und entscheiden.“

Das Thema „Inklusion“ ist inzwischen auf der Strecke geblieben. Die Stelle des Sozialdezernenten ist binnen kurzer Zeit zweimal neu besetzt worden. Die Große Koalition hat eine Neuordnung der Geschäftsverteilung beschlossen, der Fachbereich Integration gehört jetzt zum Schuldezernat, obwohl vier Fünftel der Behinderungen im Laufe des Arbeitslebens entstehen und die Zuwächse, die wir in den Werkstätten verzeichnen, nicht aus der Jugend, sondern aus Menschen im Beruf kommen. Das Dezernat Umwelt, Energie und Gebäudeservice ist neu geschaffen.

Wie dabei die Inklusion berücksichtigt oder gar in den Vordergrund gestellt worden ist, erschließt sich der Linken nicht. Im Gegenteil: Mit einigen jetzt vorliegenden Beschlüssen zum Haushalt müssen wir befürchten, dass Inklusion nicht als Querschnittsaufgabe für alle Tätigkeiten des Landschaftsverbandes in den Vordergrund gestellt wird.

Sehr geehrte Herren und Damen der Großen Koalition, die hastige Umstrukturierung und Neu-

bildung der Dezernate führt zu erheblichen Verunsicherungen bei den Beschäftigten. Wie wirkt es Ihrer Meinung nach auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wenn ihnen mehr oder weniger durch die Blume mitgeteilt wird, der zuständige Dezernent solle auf keinen Fall aufgewertet werden? Tatsächlich wird er entwertet. Dann fühlen sich auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwertet – abgeschoben.

(Beifall von der Linken)

Eine freigestellte Personalvertretung haben sie jetzt nicht mehr. So schaffen Sie keine Qualität für Menschen.

Der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition konnten wir alle entnehmen, dass der Dezernent des Dezernates 3 nicht wiedergewählt werden soll. Sie können mit Ihrer Mehrheit ja so handeln. Ich bin neugierig, ob uns dann eine neue Dezernatsumwandlung bevorsteht, ob die angespannte Haushaltssituation der Kommunen berücksichtigt wird oder ob wir für die nächsten fünf Jahre ein zusätzliches Dezernat haben.

Sie wollen jetzt – nach der Umstrukturierung – die Verwaltungsstrukturen des LVR überprüfen. In diesem Antrag ist zwar die Rede davon, dass dabei auch behindertengerechte Arbeitsplätze geschaffen werden sollen. Dass die Verwaltung jedoch den Auftrag hat, die Inklusion im Rheinland voranzubringen, und dass ihre Strukturen auch darauf überprüft werden sollten, steht nicht zur Debatte. Da sehen Sie Ihren schwarz-roten kontraproduktiven Faden.

(Beifall von der Linken)

Sie haben auf der letzten Sitzung des Landschaftsausschusses die geplante Stelle für fotografische und barrierefreie Gestaltung gestrichen. Damit verhindern Sie die zeitnahe Umsetzung der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz. Das schränkt die barrierefreie Nutzung des internen Netzes und des Internetangebots des Landschaftsverbandes ein und schließt ganze Nutzergruppen aus.

Der sogenannte Notfalltopf für kurzfristig notwendige inklusive Maßnahmen enthält bis zu 2 Millionen €. Die sollen an anderer Stelle eingespart werden. Aber was passiert? Die Ferienmaßnahmen für Menschen mit Behinderung sollen entfallen. Sie und wir wissen alle, dass die

Planungen für dieses Jahr nahezu abgeschlossen sind. Sollen die Fahrten jetzt gar nicht stattfinden?

Im Landschaftsausschuss wurde angekündigt, dass in möglichen Notfällen die Inklusionspauschale für Schulen aus diesem Topf gezahlt werden kann. Vielleicht soll der Topf auch für Notfälle in der inklusiven vorschulischen Erziehung erhalten. Die Einführung der Kindpauschale war gedacht und auch von uns begrüßt als Maßnahme zur Inklusion von Kindern mit Behinderung in die allgemeine vorschulische Erziehung. Nun entwickelt sie sich in der Umsetzung teilweise zum Hemmnis, weil insbesondere kleine Träger von Einrichtungen mit integrativen Gruppen in Schwierigkeiten geraten. Eine Lösung für die Therapeutinnen und Therapeuten und eine Vereinbarung mit den Krankenkassen ist dringend nötig, aber noch nicht in Sicht, obwohl der Beschluss dazu mittlerweile drei Jahre alt ist.

Und schließlich: Wir alle wollen ein Schulsanierungs- und Investitionsprogramm. Wenn dieses Programm aber im Wesentlichen an Finanzierungsfragen ausgerichtet ist, werden wir Schulen sanieren und ausbauen, die dem Anspruch der Inklusion nicht gerecht werden. Das müssen aber auch die Förderschulen des LVR in der Zukunft leisten, es sei denn, Sie wollen die inklusive Beschulung aller Kinder und Jugendlichen in eine sehr ferne Zukunft verschieben.

Sie können die UN-Behindertenrechtskonvention für eine schöne Wunschvorstellung halten. Die Linke versteht sie gemeinsam mit vielen Verbänden von Betroffenen als eine umzusetzende Rechtsnorm.

(Beifall von der Linken)

Die Konvention verlangt, dass alle Menschenrechte auch für Menschen mit Behinderung gelten. Inklusion ist kein Sparmodell. Sie ist für den Landschaftsverband vielmehr eine Querschnittsaufgabe, die bei allen Tätigkeiten zu berücksichtigen ist. Ein Haushalt, der im Entwurf einen guten Ansatz hatte – und dafür bedanke ich mich gerne bei der Verwaltung und beim Verwaltungsvorstand –, hat durch die Anträge der Großen Koalition erhebliche Akzentverschiebungen erfahren. Dies trägt Die Linke nicht mit. Deshalb lehnen wir diesen Haushalt ab.

(Beifall von der Linken)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Herr Rehse.

Henning Rehse, Freie Wähler/Piraten: Sehr geehrter Herr Vorsitzender Prof. Dr. Wilhelm! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin Lubek! Sehr geehrte Frau Kämmerin Hötte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal freue ich mich, den Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere dem Team um Frau Hötte, Dank zu sagen – Dank für eine hervorragende Unterstützung unserer Fraktion bei der Beratung des sicherlich schwierigen und für uns auch neuen Themas „Doppelhaushalt 2015/2016“.

Wie ich bereits bei den letzten Etatreden ausgeführt habe: Die Verwaltung und ihre Arbeit fallen nach unserem Urteil einmal mehr in die Abteilung „außerordentlich positiv“.

Es ist der erste Haushalt unter der Großen Koalition. Fleißig waren Sie, meine Damen und Herren von CDU und SPD. 45 Anträge zum Haushalt – das kann sich quantitativ schon sehen lassen. Den von Herrn Kollegen Einmahl eben eingeführten Qualitätsbegriff muss ich mental allerdings noch etwas sacken lassen. 17 „CDU-geführte“ Anträge, 28 „SPD-geführte“ Anträge – Respekt, Respekt! Dabei ist der Aktivismus der CDU durchaus nachvollziehbar, hat sie doch als langjährige Oppositionspartei schon einen enormen Nachholbedarf.

Etwas spitz darf man aber sicherlich auch die Frage stellen, warum die SPD ihre 28 guten Taten nicht bereits in der vergangenen Wahlperiode zu Papier gebracht hat, als sie größter Teil der Gestaltungsmehrheit mit Grünen und FDP war. Hat da irgendwer etwas verschlafen?

(Frank Boss, CDU: Fragen
Sie mal den damaligen Partner!)

Lieber Herr Prof. Dr. Rolle, Lesen bildet bekanntlich. Bevor Sie mich aus dem Zusammenhang gerissen zitieren und falsch interpretieren: Schauen Sie einfach mal bei Max Weber im Jahr 1919 nach, als er den Begriff der Politik mit Leidenschaft und Augenmaß geprägt hat.

(Beifall von den Freien Wählern/Piraten)

Viele Anträge der Großen Koalition geben durchaus zum Nachdenken Anlass, auch zum durchaus positiven Begleiten dieser Anträge, wie die

Fraktion Freie Wähler/Piraten in den Fachausschusssitzungen auch durch ihr Abstimmungsverhalten zum Ausdruck gebracht hat, weil gute Ansätze erkennbar bzw. vermutbar sind. Man erkennt bei manchen der Anträge die Intention, umsteuern zu wollen, Kosten-Nutzen-Relationen zu verbessern, Synergieeffekte zu heben. Aus diesem Grund hat meine Fraktion in Ergänzung der Anträge die Anfrage gestellt, welche Kosten bzw. Einsparungen aus den jeweiligen Anträgen resultieren könnten. Leider ist dies ohne teilweise intensive Vor- und Detailarbeiten am Thema meistens nicht quantifizierbar.

Letztendlich konnte aber die Abstimmungsergebnisse der Fachausschüsse berücksichtigend festgestellt werden, dass die dortigen Beschlüsse die Haushalte 2015 und 2016 mit ca. 2,3 bzw. 2,4 Millionen € zusätzlich belasten. Man könnte jetzt sagen, dass weniger als 0,1 % eines Gesamthaushalts von über 3,7 Milliarden € unter „Peanuts“ zu verbuchen sind. Ja, das könnte man, wenn da nicht eine einzige Position von allein 2 Millionen € in diesem Betrag verborgen wäre: der Notfalltopf Inklusion.

Sicherlich hat für alle von uns die Inklusion die Priorität eins der Aufgaben, mit denen wir uns als LVR zu beschäftigen haben. Wir tun dies bereits heute auf hohem Niveau, wie auch die von der Verwaltung zusammengetragenen Zahlen eindrucksvoll belegen: Mehr als eine halbe Milliarde Euro geben wir jedes Jahr für Leistungen im Zuge der Inklusion aus. Da mutet ein „Notfalltopf Inklusion“ wie ein Feuerlöschteich auf einem Kreuzfahrtschiff an. Niemand wird dagegen sein, sich Notfällen im Bereich der Inklusion anzunehmen und Hilfe zu gewähren; nur konnte im Fachausschuss niemand der Antragsteller auf mehrfaches Nachfragen einmal konkret benennen, für welche hypothetischen Notfälle der Topf denn sein sollte.

(Beifall von den Freien Wählern/Piraten)

Konkret benannte Fälle aus der Vergangenheit wurden nämlich durch ohnehin vorhandene „Töpfe“ innerhalb der besagten mehr als halben Milliarde stets abgedeckt.

Insofern bleibt der schale Beigeschmack, dass es sich bei den beantragten 2 Millionen € weniger um einen „Notfalltopf Inklusion“ als um den Spielgeldtopf der Großen Koalition handelt.

(Beifall von den Freien Wählern/Piraten)

Daher sagt die Fraktion Freie Wähler/Piraten Nein zu diesem Topf.

Auch die von den Freien Wählern/Piraten abgelehnte Ausweitung der Dezernatsstruktur belastet den Haushalt. Die GroKo hielt es wie auch bei manch anderen merkwürdigen Mehrheitsentscheidungen nicht einmal für nötig, der Minderheit Fragen zu beantworten, gar in eine Diskussion einzusteigen.

Die Merkel'sche mit hängenden Mundwinkel verkündete Alternativlosigkeit gepaart mit Gerhard Schröders „Basta!“ mögen hier dem Verhalten der GroKo Pate gestanden haben.

(Beifall von Freien Wählern/
Piraten, Grünen und FDP)

Zu einigen Merkwürdigkeiten bei den Haushaltsberatungen allgemein und dem Verwalten der GroKo im Besonderen möchte ich Stellung nehmen.

Mit großer Verwunderung haben wir die Stellungnahme der GroKo im Wirtschafts- und Finanzausschuss vom 17.04.2015 zur Kenntnis genommen, unser Antrag zur Umstellung auf Open Source sei bereits seit zehn Jahren in der Umsetzung. Meine Damen und Herren, die Endgeräte der ca. 15.000 Mitarbeiter laufen nach wie vor mit dem Microsoft-Betriebssystem „Windows“ und nutzen Microsoft-Office-Produkte, die jährlich Lizenzkosten in Millionenhöhe verursachen.

Diesen Umstand hat die GroKo bestritten, ja, sie behauptete gar, der Geschäftsführer der InfoKom habe mitgeteilt, es sei hier bereits auf lizenzfreie Open-Source-Software umgestellt worden.

(Frank Boss, CDU: Das hat er
auch im Ausschuss bestätigt!)

Meine Damen und Herren, wer glaubt, dass Microsoft-Produkte lizenzfrei sind und zudem Open Source darstellen, dem kann die Fraktion Freie Wähler/Piraten nur eines zurufen: Ihr Betriebssystem braucht ein Update!

(Beifall von den Freien Wählern/Piraten – Prof. Dr. Leo Peters, CDU: Da wären wir nicht drauf gekommen!)

Ich hoffe nicht, dass es Ihnen irgendwann einmal so wie Tom Gerhardt ergeht, als er feststellte: Ich wusste gar nicht, dass Freibier so teuer ist.

(Beifall von den Freien Wählern/Piraten)

Nicht nur die GroKo war fleißig, auch die anderen Fraktionen des Hauses haben sich Gedanken gemacht und gute und fundierte Anträge vorgelegt. Der GroKo fielen dazu aber nur stereotype Reaktionen ein: Entweder wurden Anträge abgelehnt, nachdem sie schlichtweg unter eigenem Logo gecoovert wurden, oder es wurden formale Gründe geäußert, warum man sie hier und jetzt gerade nicht berät, weil zu spät oder falsch adressiert, um sie dann im nächsten Ausschuss genau dorthin wieder zu schieben, woher sie gerade kamen.

Gut begründete Anträge der FDP, die ohne Beratung in den Finanzausschuss geschoben wurden, wurden dort dann ohne weitere Begründung einfach abgelehnt. Souveränität sieht anders aus, kollegiales Verhalten auch, und die sachgerechte Behandlung von Anträgen erst recht, liebe Kolleginnen und Kollegen der GroKo.

(Beifall von Freien Wählern/
Piraten, Grünen und FDP)

Wir Freie Wähler/Piraten mussten uns dann sogar noch Kritik dafür anhören, dass wir besagte Anfrage gestellt haben, in der um eine Abschätzung der Kosten und der möglichen Einsparungen der jeweiligen Anträge gebeten wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen der GroKo, wie wollen Sie eigentlich Haushaltsplanberatungen allein auf der Basis von Eingebungen, Ideen und Textbeiträgen durchführen? Der Haushalt hat etwas mit Geld zu tun, und die Menge des Geldes wird nun einmal in Zahlen dargestellt.

Wir haben aus der Beantwortung der Anfrage gelernt, dass die Ideen der GroKo die Haushalte 2015 und 2016 mit ca. 2,3 bzw. 2,4 Millionen € zusätzlich belasten.

(Zuruf von der SPD:
Ihr Antrag 30 Millionen!)

Das ist aber nur die Summe der Beträge, die sich die Verwaltung zu quantifizieren in der Lage sah – und das war nur für den kleinsten Teil der Anträge möglich. Da kommt also noch eine größere Summe dazu, und mögliche Einspareffekte stehen noch völlig in den Sternen.

Und dann die Kritik an und Ablehnung unseres Antrags zur Beibehaltung des Umlagesatzes für 2015 und moderaten Erhöhung für 2016! Meine Damen und Herren, lassen Sie mich drei stichhaltige Argumente für unseren Antrag nennen:

Erstens. Es kann genau beziffert werden, um welche Beträge es sich handelt.

Zweitens. Wir nehmen kontrolliert und einmalig Änderungen auf der Einnahmenseite vor, die jederzeit überprüf- und steuerbar sind. Das sind, wie die Beantwortung unserer Anfrage gezeigt hat, Änderungen auf der Ausgabenseite nicht. Zudem wirken sie meistens über Jahre, wenn nicht sogar für die Ewigkeit.

Drittens: Unser Antrag ist seriös darstellbar und stellt die größtmögliche Einhaltung und Umsetzung des Rücksichtnahmegebots innerhalb der kommunalen Familie dar.

Im Vergleich der kommunalen Familie steht der LVR relativ gut da, und das nicht nur, weil er ein Umlageverband ist, sondern weil er auch seit Jahren eine gute Haushaltswirtschaft betreibt: Schulden wurden zurückgeführt. Risikoreiche Fremdwährungsgeschäfte wurden nicht getätigt. Kassenkredite gibt es faktisch nicht.

Insofern hat sich die Fraktion Freie Wähler/Piraten die Grunddaten des Haushalts genau angeschaut, um Spielräume zu finden, die Gebietskörperschaften hinsichtlich der Umlage nach Prozentpunkten in 2015 nicht weiter zu belasten und für 2016 nur eine äußerst moderate Erhöhung durchzuführen.

Die Erhöhung der Umlage von 16,5 auf 16,7 Prozentpunkte bedeutet unter Berücksichtigung der finanziellen Eckdaten real ein Plus von 130 Millionen € für den LVR gegenüber 2014. 0,1 Prozentpunkte entsprechen ca. 15 Millionen €.

(Zuruf von der SPD:
Das ist falsch!)

Die Fraktion Freie Wähler/Piraten ist nach eingehender Prüfung der Zahlen, Rahmenbedingungen und Prognosen zu dem Ergebnis gekommen, dass es bei seriöser Betrachtung der Fakten 2015 Spielraum im Haushalt gibt, die Umlage mit 16,5 Prozentpunkten konstant zu halten und die Umlage für 2016 moderat auf 16,55 Pro-

zentpunkte anzuheben. Daher hat sie den entsprechenden Antrag in die Gremien eingebracht.

Die schwierige finanzielle Situation der kommunalen Familie, wie in allen Einwendungen zum Haushalt geschildert, das Gebot der Rücksichtnahme auf die Gebietskörperschaften sowie die sich bietende Chance aus dem Doppelhaushalt 2015/2016 heraus gebieten es, diesen Schritt zu gehen. Wir haben Sie daher inständig um Zustimmung zu unserem Antrag gebeten, die Sie leider mehrheitlich verweigert haben. Schade um diese Chance! Schade für die kommunale Familie!

Ein Mix aus den positiven Jahresergebnissen 2013 und 2014, die die Ausgleichsrücklage – das ist eine Rücklage, die die meisten Kommunen überhaupt nicht mehr kennen – auffüllen und stabilisieren, der Verbesserung des Eigenkapitals durch die in die Ausgleichsrücklage gebuchte Bedarfsumlage zum ELAG, den positiven Ergebnissen aus den Veränderungsnachweisen, der vorläufigen Haushaltsführung wie auch der Fortsetzung und weiteren Intensivierung der Konsolidierung, Prozessoptimierungen und Wirtschaftlichkeitsanalysen sind eine belastbare Grundlage für eine Umlage in 2015 von 16,5 % und 16,55 % in 2016.

Ich komme zum Schluss. Erstens. Die Verwaltung hat mit den Änderungsnachweisen einen Haushalt vorgelegt, der die Beibehaltung der Umlage für 2015 auf 16,5 Prozentpunkte seriös möglich macht.

Zweitens. Für 2016 ist der Haushalt mit einer moderaten Anhebung der Umlage auf 16,55 Prozentpunkte darstellbar.

Drittens. Die Mehrheit verschließt sich diesen Gedanken, beschließt im Gegenzug jedoch zusätzliche umlagerelevante Ausgaben in Millionenhöhe.

Die Fraktion Freie Wähler/Deine Freunde hat im Rahmen der vorherigen Etatberatungen stets deutlich gemacht, dass wir uns als Vertreter der Gebietskörperschaften, die uns in die Landschaftsversammlung gewählt haben, verstehen. Das gilt auch für die Fraktion Freie Wähler/Piraten.

(Beifall von den Freien Wählern/Piraten)

Wir haben die angespannte finanzielle Situation der Kommunen stets im Blick. Insofern werden wir heute, da unser zentraler Antrag auf Beibehaltung der Umlage für 2015 keine Mehrheit gefunden hat, den Doppelhaushalt 2015/2016, seine Anlagen und den Stellenplan konsequenterweise ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den Freien Wählern/Piraten)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Das Wort hat Herr Wegener.

Ralf Wegener, AfD: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin! Sehr geehrte Damen und Herren aus dem Schwesterverband Westfalen-Lippe! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute soll der Doppelhaushalt 2015/2016 hier in der Landschaftsversammlung Rheinland beschlossen werden.

Wir haben bereits die Haushaltsreden der Gestaltungsmehrheit und der Fraktionen gehört. Nun ist die Alternative für Deutschland demokratisch und ordentlich in die Landschaftsversammlung Rheinland gewählt worden, allerdings verhalten sich die demokratischen Fraktionen der AfD gegenüber recht undemokratisch.

Wir wollen uns pragmatisch und konstruktiv hier in die Landschaftsversammlung Rheinland einbringen. Haben wir Gelegenheit hierzu? – Nein, meine Damen und Herren.

Haben wir Informationen aus den Ausschüssen hierzu? – Nein, meine Damen und Herren.

(Corinna Beck, Grüne: Die Protokolle sind allen zugänglich!)

Haben wir Zugang zu allen erforderlichen Daten? – Nein, meine Damen und Herren.

Ja, meine Damen und Herren, Sie hören richtig.

Infolgedessen könnten wir es heute kurz und bündig machen.

(Zurufe: Bitte kurz!)

Wir könnten den Doppelhaushalt 2015/2016 hier und heute beschließen oder ablehnen. Aber so einfach machen wir es uns nun doch nicht.

(Zuruf: Schadel!)

Im NKF gibt es klare Regeln und Abläufe. Die Kämmerin Renate Hötte hat wie immer aufgrund der Zahlen einen sauberen Haushalt erstellt. Danke schön.

(Dr. Gert Ammermann, CDU:
Das kann man wohl sagen! Ja!)

Der Haushalt ist seitens der Verwaltung korrekt aufgestellt. Diesem könnten wir auch zustimmen,

(Zuruf von der SPD: Aber?)

würden da nicht durch die Hintertüre die SPD und die CDU als Gestaltungsmehrheit durch ihre vielen Änderungsanträge den Haushalt der Kämmerin einfach umgehen.

(Beifall von der AfD)

In der Koalitionsvereinbarung der Gestaltungsmehrheit hier im Landschaftsverband Rheinland steht unter anderem: Vorrangig ist die nachhaltige Erfüllung der dem LVR übertragenen Aufgaben und eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung

(Dr. Gert Ammermann, CDU:
Genau dafür stehen wir ein!)

bei größtmöglicher Rücksichtnahme auf die Haushaltslage unserer Mitgliedskörperschaften.

(Frank Boss, CDU:
Auch das ist richtig!)

Herr Müller, Fraktionsvorsitzender der CDU in Wuppertal, und Frau Schulz, SPD, Bürgermeisterin der Stadt Wuppertal, kennen doch die Haushaltslage bzw. die Notsituation ihrer Stadt. Warum haben Sie das in Ihrer Gestaltungsmehrheit nicht mit beschlossen?

Sehr geehrte Kollegen der CDU, was für Kröten haben Sie eigentlich schlucken müssen, da ja gerade Sie, meine Damen und Herren der CDU, den Haushalt der letzten Jahre insgesamt immer abgelehnt haben?

Wir können nicht verstehen, dass Sie mit der SPD eine Gestaltungsmehrheit eingehen konnten.

(Frank Boss, CDU: Das ist nicht schlimm!
Das können wir Ihnen noch mal erklären!)

Wir reden heute – meine Damen und Herren, die Sache ist verdammt ernst – über einen Haushalt von rund 3,7 Milliarden €. 2007 habe ich erstmals den Haushalt hier gesehen und kennengelernt; er lag damals bei ca. 2,5 Milliarden €.

(Zuruf von der SPD: Was soll uns das sagen? Das ist schon acht Jahre her!)

Es kam also in kürzester Zeit zu einer Erhöhung von mehr als über 1,1 Milliarden € auf jetzt 3,7 Milliarden €. Sieht so ihre Gestaltung aus?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD, nein, Sie haben lediglich den Haushalt verwaltet. Denn von Gestaltung kann hier keine Rede sein.

Hier ein Zitat aus der Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Prof. Dr. Rolle, aus dem Jahr – jetzt hören Sie gut zu – 2008. Damals war NRW ein CDU-regiertes Land und Ministerpräsident Rüttgers. Sie alle – das gilt zumindest für die Herren und Damen von der CDU – können sich sicherlich daran erinnern.

„Karl Kraus, ein bekannter Satiriker, hätte das Verhalten des Ministerpräsidenten möglicherweise wie folgt beschrieben: ‚Es genügt nicht, sich keine Gedanken zu machen, man muss auch unfähig sein, sie auszudrücken.‘“

Sprachen Sie da möglicherweise von sich selbst? Nicht alles kann auf die gestiegenen Fallzahlen im sozialen Bereich zurückgeführt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier in diesen 3,7 Milliarden € sind bereits nachhaltige Synergieeffekte mit eingeflossen, Ratiopotenziale wurden voll ausgeschöpft. Sonst würden Sie sich heute schon längst der 5-Milliarden-€-Marke nähern.

(Dorothee Daun, SPD: Was passt denn nun? Ist es schlecht oder gut?)

Die SPD hat verwaltet statt gestaltet. Was wollen Sie, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender der

CDU, in Zukunft machen: verwalten oder gestalten?

(Rolf Einmahl, CDU: Wie gestalten Sie denn Fallzahlen?)

Und weil wir gerade bei Konsolidierungsmaßnahmen sind: Die SPD hat uns auch neue Probleme beschert. Der LVR wird ein großes Führungsproblem in den nächsten Jahren bekommen, und zwar bedingt durch einen falschen Personalansatz. Jetzt ist auch beim LVR die Demografie angekommen, und das mittlere und das gehobene Führungsmanagement brechen langsam weg.

Noch ein Zitat des Fraktionsvorsitzenden der SPD aus der Haushaltsrede 2014:

„Denn nur zufriedene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer machen einen guten Job. Und das ist sehr wichtig in diesen Tagen, haben doch die uns anvertrauten Menschen im Rheinland einen Anspruch darauf, dass das Motto ‚Qualität für Menschen‘ nicht nur für die Menschen außerhalb des LVR, sondern auch für die Menschen innerhalb des LVR gelten muss!“

Die AfD fordert einen sofortigen Stopp des Personaldeckels. Es kann nicht angehen, dass hier nach dem Zitronenpressprinzip gearbeitet wird. Das ist unsozial und passt nicht zum demografischen Wandel. Das ist genauso unsozial wie die Bundesministerin Nahles, die behinderte Menschen vorsätzlich und bewusst benachteiligt hat. Das ist die SPD von heute, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ich weiß, wir sind unbequem. Wir haben den Mut zur Wahrheit. Als wir kamen, lautete unser Credo: Wir sind gekommen, um zu bleiben! – Und daran wird sich nichts ändern, meine Damen und Herren. – Danke schön.

(Beifall von der AfD – Klaus Kösling, SPD: Wann kommt denn die Haushaltsrede?)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu

Tagesordnungspunkt 10.1:

Anträge zum Haushalt

Meine Damen und Herren, die Verwaltung hat Ihnen eine Liste der Beratungsergebnisse des Landschaftsausschusses zu den Anträgen vorgelegt; das ist die Basis unserer Vereinbarungen und Abstimmungen.

In der Sitzung des Landschaftsausschusses am 22.04.2015 habe ich vorgeschlagen, in der heutigen Sitzung auf eine Einzelabstimmung zu verzichten. Dem sind Sie gefolgt.

Deshalb komme ich nun zur Gesamtabstimmung über alle Anträge entsprechend des Abstimmungsergebnisses der Ihnen vorliegenden Liste vom 22.04.2015.

Gibt es jetzt Wortmeldungen? – Mit einer neuen Gruppe soll man Geduld haben. Bitte schön.

Thomas Traeder, AfD: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Landesdirektorin! Meine Damen und Herren! Wir wollen kurz erläutern, welche Anträge wir befürworten, welchen wir also zustimmen können.

Wir werden in jedem Fall dem Antrag 10.1.13 zustimmen; das ist die Fortführung des Traineeprogramms.

(Frank Boss, CDU: Was ist das für einer? Sagen Sie es bitte noch mal!)

– 10.1.13.

(Thomas Böll, SPD: Wir haben doch was anderes vereinbart!)

Ein weiterer Antrag, dem wir zustimmen werden, ist der Antrag 14/93; dabei geht es um einen Zuschuss zu Ambulanzen für Migrantinnen und Migranten. Wir stimmen auch Antrag 14/94 zu, „Selbstbehauptungskurse für Jungen und Mädchen in allen LVR-Schulen“. Des Weiteren werden wir dem Antrag 14/95, „Familienplanung für Menschen mit Behinderung“, zustimmen, auch dem Antrag 14/98, „Interkommunale Zusammenarbeit und Synergien verstärken“, und schließlich dem Antrag 14/100, „Senkung der Landschaftsverbandsumlage für den Doppelhaushalt 2015/2016“.

Lassen Sie mich abschließend noch eine persönliche Anmerkung machen. Wenn wir darüber reden, dass es in Deutschland wieder Angriffe auf Juden gibt und Synagogen angezündet werden, dann müssen wir auch ganz klar darüber reden, wer das macht. Wenn wir das verschweigen, dann ist das nicht ehrlich, und dann ist das nicht in Ordnung. Dann kann man Ihnen auch die gute Absicht nicht wirklich abnehmen. Das gehört eben auch dazu. Und wenn man das nicht macht,

(Zurufe: Aufhören!)

dann ist das nicht in Ordnung, sondern feige und unanständig. – Vielen Dank.

(Zurufe: Pfui!)

Vorsitzender Prof. Dr. Jürgen Wilhelm: Letzteres wird nicht kommentiert von meiner Seite.

Die Wortmeldung werde ich als Aussage zu Protokoll, dass die AfD bestimmten Anträgen, die hier zitiert wurden, die Zustimmung gäbe, im Übrigen aber die Liste ablehnt. Das ist die Konsequenz aus unserem vereinbarten Abstimmungsverhalten. So können wir das gewertet wissen. Findet das Ihre Zustimmung? – Ja, das sieht die AfD offensichtlich auch so.

Ich komme also zur Gesamtabstimmung über alle Anträge entsprechend der vorliegenden Liste. Ich sage es noch einmal: Basis sind die Beschlüsse des Landschaftsausschusses vom 22. April. Wer dieser Gesamtliste die Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitte. – Wer stimmt dagegen? – Niemand. Auch schön. Enthaltungen? – Auch keine. Damit haben wir einstimmig so beschlossen.

(Beifall und Heiterkeit von CDU und SPD – Dr. Gert Ammermann, CDU: Das kann man auch keinem erklären!)

Tagesordnungspunkt 10.2:

Einwendungen gegen die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für die Haushaltsjahre 2015/2016

– Vorlage Nr. 14/403 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.04.2015 die Vorlage beraten und mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Freie Wähler/Piraten empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 14/403 zu beschließen.

Gibt es hier Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt heute dagegen? – Das sind die Vertreter der Freien Wähler/Piraten und der AfD. Enthaltungen? – Keine. Dann im Übrigen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 10.3:

Haushaltssatzung des LVR mit Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen Anlagen für die Haushaltsjahre 2015/2016

– Vorlage Nr. 14/423/1 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 22.04.2015 die Vorlage 14/423 zusammen mit Antrag 14/100 der Fraktion Freie Wähler/Piraten – dieser Antrag zielt auf die Senkung der Landschaftsverbandsumlage – beraten und mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Freie Wähler/Piraten empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 14/423 zu beschließen. Eine Abstimmung über den Antrag 14/100 der Fraktion Freie Wähler/Piraten war somit entbehrlich.

Die Ihnen nun vorliegende Ergänzungsvorlage 14/423/1 beinhaltet das Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses.

Wer der Ergänzungsvorlage Nr. 14/423/1, also der Haushaltssatzung einschließlich aller Anlagen für die Haushaltsjahre 2015/2016, seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen von SPD, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Grüne, Linke, Freie Wähler/Piraten und AfD. – Damit haben wir den Haushalt 2015/2016 mehrheitlich beschlossen.

(Beifall von CDU und SPD)

Wir kommen nun zu

Tagesordnungspunkt 10.4:

Wirtschaftsplanentwürfe 2015

und hier

Tagesordnungspunkt 10.4.1:

**Wirtschaftsplanentwurf 2015
LVR-InfoKom**

– Vorlage Nr. 14/267/1 –

Diese Vorlage wurde im Landschaftsausschuss am 22. April beraten, und einstimmig wurde Zustimmung empfohlen. Gibt es dazu Wortmeldungen oder andere Meinungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Das Gleiche gilt für

Tagesordnungspunkt 10.4.2:

**Wirtschaftsplanentwurf 2015
der LVR-Jugendhilfe Rheinland**

– Vorlage Nr. 14/355 –

Auch hierzu gibt es eine einstimmige Empfehlung.

Darf ich unterstellen, dass das hier genauso gesehen wird? – Keine Gegenstimmen. – Keine Enthaltungen. So beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.4.3:

Wirtschaftsplanentwurf 2015 sowie Veränderungsnachweise zu den Wirtschaftsplänen 2015 des LVR-Klinikverbundes

– Vorlage Nr. 14/314 –

Der Landschaftsausschuss hat auch hier einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Die Vertreter der AfD stimmen dagegen. Enthaltungen? – Keine. Im Übrigen damit einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.4.4:

Wirtschaftsplanentwürfe 2015 sowie Veränderungsnachweise zu den Wirtschaftsplänen 2015 des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen

– Vorlage Nr. 14/329 –

Auch diese Vorlage hat der Landschaftsausschuss in seiner Sitzung am 22. April beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Wer stimmt dagegen? – Die drei Vertreter der AfD. Enthaltungen? – Keine. Im Übrigen einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 11:

Fragen und Anfragen

Mir liegen keine Fragen oder Anfragen vor.

Ich darf feststellen, dass die 4. Sitzung der Landschaftsversammlung Rheinland damit geschlossen ist. – Vielen Dank.

(Beifall)

(Schluss der Sitzung: 12.07 Uhr)